



5 | **2017**

70. Jg., 9.–10. KW, 9. März 2017

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

*Stefan Greß und Klaus Stegmüller, Sabine Strüder,
Dörte Heger, Thomas Gerlinger*

- Abschluss der Pflegereform: Ist die Pflegeversicherung zukunftsfest?

Daten und Prognosen

Robert Lehmann und Timo Wollmershäuser

- Die Inflation kommt zurück!

Wolfgang Nierhaus

- Aktuelle Verbraucherpreisentwicklung im Euroraum

Anita Jacob-Puchalska

- Personalleiterbefragung: Rente ab 63 betrifft Mehrzahl der Unternehmen

Horst Penzkofer

- Der »Messe Index«: Ergebnisse 2016 und Ausblick 2017

Annette Weichselberger

- Deutsche Industrie: Zunehmende Investitionsneigung

Im Blickpunkt

Klaus Wohlrabe

- ifo Konjunkturtest Februar 2017

ifo Institut

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Annette Marquardt, Prof. Dr. Chang Woon Nam.

Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Abschluss der Pflegereform: Ist die Pflegeversicherung zukunftsfest? 3

Zum Jahresbeginn 2017 wurde mit der zweiten und dritten Stufe des Pflegestärkungsgesetzes nach langjähriger Diskussion die bisher umfassendste Reform der sozialen Pflegeversicherung umgesetzt. *Stefan Greß* und *Klaus Stegmüller*, Hochschule Fulda, sehen in der Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs einen Meilenstein bei der Entwicklung der Pflegeversicherung. Die Reform weise aber auch Schwachstellen auf: Insbesondere der bereits aktuelle und in Zukunft weiter steigende Fachkräftemangel in der Pflege sowie die unzureichende Entlohnung von Pflegekräften würden in der Pflegereform nicht oder allenfalls am Rande thematisiert. Auch *Sabine Strüder*, Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V., ist der Meinung, dass mit den Reformen der Pflegeversicherung der Gesetzgeber umfassende Änderungen vorgenommen habe, die insgesamt zu umfangreichen Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige und deren Angehörige, insbesondere in der ambulanten Pflege, führen. Gravierende Problem seien aber weiterhin die Sicherung der Fachkräfte in der Pflege und die nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung. Es stelle sich die Frage, ob das bisherige Umlageverfahren durch ein Kapitaldeckungsverfahren ersetzt und ob die bisherige Trennung in eine soziale und eine private Pflegeversicherung beibehalten werden soll. Nach Ansicht von *Dörte Heger*, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, ist die größte Herausforderung für die Pflegeversicherung weiterhin der demographische Wandel, besonders wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Deutschland in das Rentenalter kommen und damit nicht nur die Zahl der Pflegebedürftigen weiter steigt, sondern auch die Zahl der Beitragszahler zurückgeht. Zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit seien Prävention und die konsequente Umsetzung des Prinzips »Rehabilitation vor Pflege« wichtige Stichworte. Zusätzlich müsse aber auch in der Pflege die Produktivität gesteigert werden. Dazu können neue Innovationen sowie ein verstärkter Technikeinsatz beitragen. Für *Thomas Gerlinger*, Universität Bielefeld, wurden mit der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und des dazu gehörenden Begutachtungs-Assessments längst überfällige Maßnahmen zur Erweiterung des Leistungsempfängerkreises und der Ermittlung ihres Versorgungsbedarfes ergriffen und damit ein wichtiger Schritt zur Anpassung des Leistungsrechts an aktuelle und künftige Bedarfe vollzogen. Die Große Koalition habe aber auf eine strukturelle Stärkung der Einnahmeseite, vor allem auf die Einführung einer Bürgerversicherung zur Dämpfung künftiger Beitragssatzanhebungen, verzichtet. Der neu eingerichtete Pflegevorsorgefonds sei hierfür kein geeignetes Instrument.

Daten und Prognosen

Die Inflation kommt zurück! Immer mehr Firmen in Deutschland wollen ihre Preise anheben 16

Robert Lehmann und Timo Wollmershäuser

Die ifo Preiserwartungen sind ein zuverlässiger Frühindikator zur Prognose der sektorspezifischen Preisentwicklung. Zudem ist der ifo Indikator in der Lage, die Kernrate der deutschen Inflation treffsicherer vorherzusagen als ein einfaches Referenzmodell. Nach den jüngsten Befragungsergebnissen des ifo Konjunkturtests wollen auch in Zukunft immer mehr Firmen ihre Preise anheben. Aus diesem Grund dürfte die zuletzt gestiegene Inflation sowohl auf den Fertigungsstufen, die dem Endverbrauch vorgelagert sind, als auch auf der Verbraucherstufe in den kommenden Monaten weiterhin hoch bleiben. Die Inflation in Deutschland kommt also zurück.

Aktuelle Verbraucherpreisentwicklung im Euroraum

22

Wolfgang Nierhaus

Das Statistische Amt der Europäischen Union veröffentlicht jeden Monat die Inflationsrate für das Euro-Währungsgebiet: Maßgeblich für die in den vergangenen Jahren zu beobachtende disinflationäre Entwicklung in der EWU waren eine negative Output-Lücke und ein Rückgang der Rohölnotierungen. Zudem ist der Preisdruck, der ehemals von administrierten Preisanhebungen in der EWU ausging, stark gesunken. Schließlich hat auch der Einfluss von indirekten Steuern auf das Verbraucherpreisniveau deutlich nachgelassen. Im Januar 2017 lag die Inflationsrate im Euroraum mit 1,8% erstmals wieder knapp unter der Zielmarke der EZB. Hierzu trugen primär die gestiegenen Rohölpreise und die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar bei. Zudem sind die Preise für Industriewaren (ohne Energie) und für verarbeitete Nahrungsmittel spürbar gestiegen, die Preise für unverarbeitete Lebensmittel sogar um 3,5%.

Rente ab 63 betrifft Mehrzahl der Unternehmen

27

Anita Jacob-Puchalska

Das ifo Institut befragt im Auftrag und in Kooperation von Randstad vierteljährlich Personalleiter in mehr als 1 000 Unternehmen nach der Bedeutung von verschiedenen Flexibilisierungsinstrumenten. Zudem werden in jedem Quartal Sonderfragen zu aktuellen personalpolitischen Themen gestellt. Im vierten Quartal 2016 wurde untersucht, in wie vielen Unternehmen bereits Mitarbeiter über die Rente ab 63 vorzeitig in den Ruhestand gegangen sind. 52% der befragten Unternehmen gaben an, dass bei ihnen bereits Mitarbeiter diese Regelung nutzen.

Der »Messe Index«: Ergebnisse 2016 und Ausblick 2017

30

Horst Penzkofer

Der »Messe Index« basiert auf den Daten des ifo Konjunkturtests und legt für Unternehmen, die ihre Produkte auf internationalen Konsum- und Investitionsgütermessen in Deutschland ausstellen können, die wirtschaftliche Verfassung offen. Die Berechnungen für die vergangenen Jahre zeigen, dass das Geschäftsklima ausstellender Unternehmen um durchschnittlich rund 9 Saldenpunkte über dem der Unternehmen ohne Messebeteiligungen lag.

Deutsche Industrie: Zunehmende Investitionsneigung

34

Annette Weichselberger

Nach den aktuellen Ergebnissen des ifo Investitionstests wollen die Unternehmen des deutschen Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2017 ihre Investitionen um rund 5% erhöhen. Für das Jahr 2016 ergaben die Meldungen der Befragungsteilnehmer einen Anstieg von 3%. Erweiterungsinvestitionen und Investitionen in Ersatzbeschaffungen halten sich 2017 mit je einem Drittel als Motive der Investitionstätigkeit in etwa die Waage.

Im Blickpunkt

ifo Konjunkturtest im Februar 2017 auf einen Blick: Nach verhaltenem Jahresauftakt befindet sich die deutsche Wirtschaft wieder auf gutem Kurs

39

Klaus Wohlrabe

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im Februar gestiegen. Die Unternehmer beurteilten zuletzt im August 2011 die aktuelle Lage so gut. Auch der Optimismus bezüglich der kommenden Monate nahm wieder zu.

Zum Jahresbeginn 2017 wurde mit der zweiten und dritten Stufe des Pflegestärkungsgesetzes nach langjähriger Diskussion die bisher umfassendste Reform der sozialen Pflegeversicherung umgesetzt. Ist die Pflegeversicherung damit zukunftsfest und den Herausforderungen des demographischen Wandels gewachsen?

Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Langzeitpflege

Fachkräftemangel – die offene Flanke der Pflegereform

Mit der zweiten und dritten Stufe des Pflegestärkungsgesetzes hat der Gesetzgeber nach langjähriger Diskussion zum Jahresbeginn 2017 die bisher umfassendste Reform der sozialen Pflegeversicherung umgesetzt. Die Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs ist ohne Zweifel als ein Meilenstein bei der Entwicklung der Pflegeversicherung seit deren Einführung im Jahr 1995 anzusehen. Die »erstaunlich großzügige Reform« (Rothgang und Kalwitzki 2015) hat jedoch auch Schwachstellen. Insbesondere der bereits aktuell feststellbare und in Zukunft weiter steigende Fachkräftemangel in der Pflege sowie die unzureichende Entlohnung von Pflegekräften werden in der aktuellen Pflegereform nicht oder allenfalls am Rande thematisiert. Im vorliegenden Beitrag werden diese beiden Themenfelder genauer untersucht – insbesondere im Hinblick auf den zukünftigen Finanzierungsbedarf. Die Ausführungen beschränken sich dabei wegen der besseren Datenbasis weitgehend auf die stationäre Langzeitversorgung in Pflegeheimen.

Nachfrage nach Langzeitpflege übersteigt flächendeckend Angebot an Pflegepersonal

Im Gegensatz zur Akutpflege im Krankenhaus ist es in der stationären Langzeitver-

sorgung gelungen, einen Personalabbau bei den Pflegekräften zu verhindern. Es ist sogar zu einem moderaten Personalaufwuchs gekommen. Gleichzeitig haben sich jedoch die Anforderungen an die stationäre Pflege in Pflegeheimen in der jüngeren Vergangenheit massiv verschärft. Das gilt nicht nur für den rein quantitativen Anstieg der Pflegebedürftigen in Pflegeheimen. Außerdem ist der Anteil der Pflegebedürftigen mit eingeschränkter Alltagskompetenz in Pflegeheimen gestiegen, die Verweildauern sind gesunken, zudem steigt die Bedeutung von Behandlungspflege genauso an wie Kurzzeitpflege nach einem Krankenhausaufenthalt (vgl. Greß und Stegmüller 2016).

Die Zahl der Pflegebedürftigen mit stationärem Versorgungsbedarf wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch weiter deutlich zunehmen. Kurz- bis mittelfristig wird die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs die Anforderungen insbesondere im Hinblick auf die Versorgung von Pflegebedürftigen mit kognitiven Einschränkungen deutlich erhöhen. In der Vergangenheit konnte ein bescheidener Personalaufwuchs den gestiegenen Pflegebedarf nur teilweise kompensieren. Verschlechterte Betreuungsrelationen und die moderat gesunkene Fachkraftquote weisen allerdings auf steigende Belastungen für die Beschäftigten und Gefahren für die Pflegequalität in Pflegeheimen hin. Ausdruck dieser Belastungen sind eine hohe Fluktuationsrate – die in Deutschland auch aufgrund einer ausgeprägten hierarchischen Organisation der Pflege vergleichsweise hoch ist – sowie eine hohe Prävalenz psychischer Erkrankungen von Beschäftigten in Pflegeheimen (vgl. Greß und Stegmüller 2016).

Zukünftig ist mit einer Verschärfung dieser Situation zu rechnen – bis zum Jahr 2030 ist nach einer von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebenen Studie flächendeckend und bundesweit mit Perso-



Stefan Greß*



Klaus Stegmüller**

* Prof. Dr. Stefan Greß leitet das Fachgebiet Versorgungsforschung und Gesundheitsökonomie im Fachbereich Pflege und Gesundheit der Hochschule Fulda.

** Prof. Dr. Klaus Stegmüller leitet das Fachgebiet Organisatorische und institutionelle Bedingungen der Pflege im Fachbereich Pflege und Gesundheit der Hochschule Fulda.

nalengpässen in der Altenpflege zu rechnen. Regional steht demnach vor allem in den ostdeutschen Bundesländern ein sinkendes Angebot an Pflegekräften einer schnell steigenden Nachfrage nach professioneller Pflege gegenüber. Allerdings übersteigt auch in Bayern und Schleswig-Holstein in vielen Regionen die hohe Nachfrage das Angebot an künftigen Pflegepersonal (vgl. Hackmann et al. 2016, S. 31).

Personalausstattung in der stationären Langzeitpflege verbessern

Aus Sicht der Autoren stehen zwei zentrale Maßnahmen im Mittelpunkt von Strategien zur Bekämpfung des Fachkräftemangels (vgl. auch Jacobs et al. 2016). Erstens steigt die Attraktivität des Pflegeberufs in der Langzeitpflege durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Allgemeinen und die Verbesserung der Personalausstattung im Besonderen. Zweitens ist eine zwingende Voraussetzung für die Bekämpfung des Fachkräftemangels die Verbesserung der – insbesondere im Vergleich zu Akutpflege – unattraktiven Vergütung in der Langzeitpflege.

Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen aus Sicht der Beschäftigten könnten etwa Maßnahmen zur Entlastung von älteren Beschäftigten, zur Erhöhung der Verlässlichkeit des Dienstplans und Pausenregelungen sowie die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen sein. Auch aus Sicht der Beschäftigten scheitert die Implementierung dieser Strategien jedoch regelmäßig an der nicht hinreichenden Personalausstattung (vgl. Benedix und Medjedovic 2014).

Die mangelnde Personalausstattung in der Altenpflege führt allerdings nicht nur zu einer hohen physischen und psychischen Belastung der Beschäftigten und engt die Möglichkeiten zur Umsetzung von entlastenden Strategien ein. Zumindest Studien aus dem Ausland zeigen, dass eine verbesserte Personalausstattung die Qualität der Pflege erhöht – zum Beispiel durch Reduktion von Pflegefehlern und eine verbesserte Versorgung von schwer pflegebedürftigen Personen. Umgekehrt ist damit begründet zu befürchten, dass eine mangelnde Personalausstattung die Gefahr von Pflegefehlern deutlich erhöht und die Pflegequalität gefährdet (vgl. Greß und Stegmüller 2016).

Derzeit sind die gesetzlichen Vorgaben in diesem Zusammenhang völlig ungenügend. Die sehr allgemein gehaltenen Vorgaben des Bundesgesetzgebers werden in den Ländern sehr unterschiedlich umgesetzt, so dass sich die Vorgaben für die Personalausstattung in Altenpflegeeinrichtungen je nach Bundesland stark unterscheiden. Bezogen auf eine Einrichtung mit 80 Pflegedürftigen und eine übliche Belegungsstruktur schwanken die länderspezifischen Vorgaben für die Personalausstattung zwischen 27,1 Vollzeitäquivalenten in Brandenburg und 34,5 Vollzeitäquivalenten in

Sachsen. Anzumerken ist jedoch, dass die Vorgaben in Sachsen nicht annähernd erfüllt werden, so dass wohl Baden-Württemberg mit 33,6 Vollzeitäquivalenten über die höchste finanzierbare Personalausstattung verfügen dürfte (vgl. Dösenfant 2014).

Es ist allerdings völlig unklar, auf welcher Basis die Personalrichtwerte in den einzelnen Bundesländern errechnet wurden. Da in keinem der Bundesländer ein Verfahren zur Ermittlung des Pflegebedarfs bzw. zur Bemessung der Pflegezeiten implementiert wurde, handelt es sich bei den vereinbarten Richtwerten wahrscheinlich um das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses unter Berücksichtigung politischer und finanzieller Restriktionen mit allenfalls geringem Bezug zur Bedarfsgerechtigkeit der resultierenden Personalausstattung (vgl. Wingenfeld 2010).

Der Gesetzgeber hat diese Problematik insofern erkannt, als dass im zweiten Pflegestärkungsgesetz die Entwicklung und Erprobung eines wissenschaftlich fundierten Verfahrens zur einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen nach qualitativen und quantitativen Maßstäben bis zum 30. Juni 2020 vorgeschrieben wird. Dabei sind der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff und die neuen Pflegegrade ebenso zu berücksichtigen wie bereits vorliegende Untersuchungen und Erkenntnisse zu Anforderungs- und Qualifikationsprofilen in der Pflege.

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass der Gesetzgeber erstmals die Entwicklung und Erprobung eines wissenschaftlich fundierten Verfahrens zur einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen normiert hat. Allein die Entwicklung eines wissenschaftlich validierten Verfahrens zur Personalbemessung wird jedoch weder die Personalausstattung in den Einrichtungen verbessern noch die Pflegequalität erhöhen. Dazu müssten erstens die zuständigen Behörden in den Bundesländern dazu verpflichtet werden, die Einhaltung des postulierten Personalbedarfs zu überprüfen und ggf. auch zu sanktionieren. Zweitens müssten verschärfte Standards in der Personalbemessung hinreichend Berücksichtigung in den Pflegesatzverhandlungen zwischen Einrichtungen und Kostenträgern finden. Drittens ist die Einheitlichkeit der Umsetzung in den Bundesländern eine wichtige Voraussetzung für die Festlegung von Mindeststandards zur Personalbemessung, um einen sachlich nicht zu rechtfertigenden »Flickenteppich« von landesgesetzlichen Regelungen zu verhindern (vgl. Greß und Stegmüller 2016).

Die finanziellen Effekte einer einheitlichen Personalbemessung in Pflegeeinrichtungen lassen sich ohne das Vorliegen eines entsprechenden Instrumentariums derzeit nicht quantifizieren. Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Auswirkungen der mangelnden Personalausstattung auf Beschäftigte und Pflegebedürftige, der zusätzlichen Anspruchsberechtigung etwa von Demenzkranken im Rahmen der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und

der generellen Effekte des demographischen Wandels dürfte hier in den nächsten Jahren jedoch ein erheblicher Finanzierungsbedarf entstehen.

Vergütung in der Langzeitpflege anheben

Zu Konzepten zur Überwindung des Fachkräftemangels in der Langzeitpflege gehört zwingend neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen – insbesondere durch Verbesserung der Personalausstattung – auch eine Vergütungskomponente. Im Vergleich zur Akutpflege werden sowohl Fach- als auch Hilfskräfte in der Langzeitpflege deutlich schlechter bezahlt (vgl. Tab. 1).

Allein eine Angleichung der Vergütungen an die Krankenpflege – bei konstantem Qualifikationsniveau und konstanter Beschäftigtenzahl – hätte vergleichsweise dramatische finanzielle Auswirkungen. Eine entsprechende Angleichung würde einen dauerhaften zusätzlichen Finanzierungsbedarf von rund 5,9 Mrd. Euro pro Jahr nach sich ziehen (vgl. Tab. 2).

Dieser Betrag entspricht einem Beitragssatzeffekt von fast 0,5 Beitragssatzpunkten und damit in etwa dem Finanzierungsbedarf, der durch die Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs ausgelöst wurde. Hinzu kommt noch der derzeit nicht quantifizierbare Finanzierungsbedarf, der durch die notwendige Verbesserung der Personalausstattung ausgelöst wird.

Umwandlung des Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds

Natürlich ist nicht damit zu rechnen, dass die Verbesserung der Personalausstattung und der Vergütung kurzfristig und in voller Höhe ausgabenwirksam werden würden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden sicherlich nur sukzessive umgesetzt werden können. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen schlagen die Autoren daher vor, den mit dem Pflegegestärkungsgesetz I ab dem Jahr 2015 eingerichtete Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds umzuwidmen. Bei dem Pflegevorsorgefonds handelt es sich um ein Sondervermögen, das mit 0,1 Beitragssatzpunkten (derzeit ca. 1,3 Mrd. Euro pro Jahr) der sozialen Pflegeversicherung gebildet wird. Mit den Mitteln des Fonds sollen künftige Beitragssatzsteigerungen nach dem Jahr 2035 abgemildert werden. Der Pflegevorsorgefonds ist jedoch viel zu klein, um den nach 2035 zu erwartenden Beitragsanstieg spürbar reduzieren zu können – insbesondere in Zeiten eines anhaltenden Niedrigzinsniveaus (vgl. Jacobs und Rothgang 2014). Zudem wäre es deutlich sinnvoller, die im Fonds gesammelten Finanzmittel unmittelbar und kurzfristig in eine verbesserte Personalausstattung in den Pflegeeinrichtungen und in eine verbesserte Vergütung des Personals als in eine zweifelhafte Beitragssatzstabilisierung in den Jahren 2035 bis 2055 zu investieren. Selbstverständlich müsste der Pflegepersonalfonds dann zukünftig nicht nur von den Mitgliedern der sozialen Pflegeversicherung, sondern auch von den Versicherten der privaten Pflegepflichtversicherung gespeist werden.

Tab. 1
Monatliche Medianbruttoentgelte von Vollzeitbeschäftigten in den Pflegeberufen in Deutschland (in Euro, 2013)

	Westdeutschland	Ostdeutschland
Fachkraft Krankenpflege	3 139	2 738
Fachkraft Langzeitpflege	2 568	1 945
<i>Differenz</i>	<i>571</i>	<i>793</i>
Helfer/in Krankenpflege	2 470	1 854
Helfer/in Langzeitpflege	1 885	1 495
<i>Differenz</i>	<i>585</i>	<i>359</i>

Quelle: Bogai et al. (2015, S. 11).

Tab. 2
Finanzierungsbedarf für eine Vergütungsanpassung Altenpflege an Krankenpflege

	Vollzeit-äquivalente	Fachkraftquote	Fachkräfte	Helfer/innen
Ambulante Pflege	213 000	60%	127 800	85 200
Pflegeheime	491 000	52%	255 320	235 680
Gesamt			383 120	320 880
Finanzierungsbedarf pro Person pro Jahr in Euro			8 862	7 773
Gesamter Finanzierungsbedarf pro Jahr in Mrd. Euro			3,4	2,5

Quelle: Greß und Jacobs (2016).

Literatur

Benedix, U. und I. Medjedovic (2014), *Gute Arbeit und Strukturwandel in der Pflege. Gestaltungsoptionen aus Sicht der Beschäftigten*, Institut für Arbeit und Wirtschaft/Arbeitnehmerkammer B, Bremen.

Bogai, D., J. Carstensen, H. Seibert, D. Wiethöller, S. Hell und O. Ludewig (2015), *Was man in den Pflegeberufen in Deutschland verdient*, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.

Désenfant, C. (2014), »Alle sind gleich, nur manche sind gleicher. Die Personalausstattung in der stationären Pflege«, *Altenheim* (6), 12–13.

Greß, S. und K. Jacobs (2016), »Kosten und Finanzierung von Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel in der Pflege«, in: K. Jacobs, A. Kuhlmeier, S. Greß, J. Klauber und A. Schwinger (Hrsg.), *Pflege-Report 2016: Die Pflegenden im Fokus*, Schattauer, Stuttgart, 263–274.

Greß, S. und K. Stegmüller (2016), *Gesetzliche Personalbemessung in der stationären Altenpflege: Gutachterliche Stellungnahme für die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)*, pg-papers: Diskussionspapiere aus dem Fachbereich Pflege und Gesundheit – 1/2016, Fulda

Hackmann, T., R. Klein, T. Schneidenbach, M. Anders und J. Vollmer (2016), *Pflegeinfrastruktur. Die pflegerische Versorgung im Regionalvergleich*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Jacobs, K., A. Kuhlmei, S. Greß, J. Klauber und A. Schwinger (Hrsg.) (2016), *Pflege-Report 2016. Schwerpunkt: Die Pflegenden im Fokus*, Schattauer, Stuttgart.

Jacobs, K. und H. Rothgang (2014), »Pferdefuß beim Pflegefonds«, *Gesundheit und Gesellschaft* 17(6), 26–29.

Rothgang, H. und T. Kalwitzki (2015), »Pflegestärkungsgesetz II: Eine erstaunlich großzügige Reform«, *G&S Gesundheits- und Sozialpolitik* 69(5), 46–54.

Wingefeld, K. (2010), *Grundlagen der Personalbemessung in vollstationären Pflegeeinrichtungen*, GKV-Spitzenverband der Pflegekassen, Berlin.



Sabine Strüder*

Ist die Pflegeversicherung zukunftsfest? – Betrachtungen aus der Perspektive der Interessenvertretung für Pflegebedürftige und Versicherte

Seit mehr als 15 Jahren ist die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz in der Interessenvertretung und Rechtsberatung für Versicherte und Pflegebedürftige aktiv und stellt fest: Mit den Reformen des Sozialgesetzbuches XI (Pflegeversicherung) hat der Gesetzgeber in den letzten Jahren umfassende leistungsrechtliche Änderungen vorgenommen. Dank Pflegestärkungsgesetz I (PSG I) sind die Pflegeleistungen gestiegen und können besser miteinander kombiniert werden. Das PSG II und der damit eingeführte erweiterte Pflegebedürftigkeitsbegriff berücksichtigt seit 1. Januar 2017 vor allen Dingen den Unterstützungs- und Hilfebedarf von Menschen mit kognitiven Einschränkungen wie beispielsweise Demenz angemessener. Das PSG III soll die Einflussmöglichkeit der Kommunen auf die Pflegesituation vor Ort stärken, die bislang überwiegend durch die Pflegekassen bestimmt wird. Insgesamt führt dieses Gesetzespaket zu umfangreichen Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige und deren Angehörige, insbesondere in der ambulanten Pflege.

Gegenfinanzierung der Leistungsverbesserungen

Zur Finanzierung der Leistungsverbesserungen wurde der Beitragssatz zur Pflegeversicherung ab dem 1. Januar 2015 um 0,3% und ab dem 1. Januar 2017 um 0,2% auf 2,55% (für Kinderlose 2,8%) der beitragspflichtigen Einnahmen des Mitglieds erhöht.

Zum 1. Januar 2015 wurde auch der Pflegevorsorgefonds eingerichtet. Ziel ist, die Finanzierung der aufgrund der demographischen Entwicklung im Zeitverlauf deutlich steigenden Leistungsausgaben gerechter auf die Generationen zu

* Sabine Strüder ist Referentin für Gesundheit und Pflege bei der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V.

verteilen und damit auch der möglichen Gefahr einer langfristigen Beschränkung des Leistungsniveaus der Pflegeversicherung zu begegnen (vgl. Deutscher Bundestag 2014). Im Jahr 2015 wurden dem Pflegeversorgungsfonds 1,1 Mrd. Euro zugeführt (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2017). Für das Jahr 2017 sind durch die Pflegereformen bei Pflegegeld, Pflegesachleistungen und vollstationärer Pflege sowie die Regelungen zum Bestandsschutz zusätzliche Ausgaben von etwa 7 Mrd. Euro zu erwarten. Diese führen 2017 zu einem strukturellen Defizit von mehr als 3 Mrd. Euro (vgl. Rothgang et al. 2016, S. 11).

Durchblick für Pflegebedürftige schwierig

Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz stellt in ihrer landesweiten Pflegerechtsberatung fest, dass mit den verschiedenen Pflegereformen die Transparenz und Verständlichkeit bezüglich der möglichen Leistungen und auch Leistungskombinationen für Pflegebedürftige und deren Angehörige komplizierter geworden ist. So ist es beispielsweise nicht verwunderlich, dass die niedrigschwelligen Betreuungs- und Entlastungsleistungen bislang nicht in dem erwarteten Umfang abgerufen werden (vgl. *RP Online* 2016), weil sie einem bürokratischen Kostenerstattungsverfahren und länderspezifischen Anforderungen unterliegen und auch die Pflegekassen nach den vorliegenden Erfahrungen nicht immer ausreichend und verständlich ihrer Aufklärungs- und Informationspflicht nachkommen. Auch Schwinger et al. (2016) haben festgestellt, dass nicht alle Hauptpflegepersonen die Unterstützungsangebote kennen und somit nur eine Minderheit der Anspruchsberechtigten die durch die Pflegeversicherung zur Verfügung gestellten Angebote nutzt.

Dynamisierung

In den Jahren 1995 bis 2008 konnten mit Hilfe der Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung immer weniger Pflege- und Betreuungsleistungen durch die Pflegebedürftigen finanziert werden. Pflegebedürftige mussten immer mehr als Eigenanteil zuzahlen. Erst ab 2008 erfolgten Anpassungen, die allerdings nicht den Realwertverlust der Leistungen für Pflegebedürftige ausgleichen konnten. Entsprechend der Dynamisierungsregel zur Pflegeversicherung überprüft die Bundesregierung erst seit 2014 alle drei Jahre, ob und in welcher Höhe die Pflegeversicherungsleistungen angepasst werden müssen (§ 30 SGB XI) (vgl. Verbraucherzentrale Bundesverband 2016a). Die mit den Pflegestärkungsgesetzen einhergehenden Leistungserhöhungen gleichen erstmalig in etwa den beschriebenen Kaufkraftverlust der Pflegebedürftigen für Leistungen der Pflegeversicherung aus (vgl. Rothgang et al. 2016, S. 11). Der Verbraucherzentrale Bundesverband fordert für die Zukunft eine gesetzliche Regelung, die eine automatisierte Angleichung der Leistungen an die tatsächliche Kostenentwick-

lung nach eindeutig festgelegten Kriterien (Bruttolohnentwicklung, Preisentwicklung) vorschreibt, um Pflegepolitik von der Kassenlage abzukoppeln (vgl. Verbraucherzentrale Bundesverband 2016b).

Künftige Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen

Im Dezember 2015 waren in Deutschland knapp 2,9 Mio. Menschen pflegebedürftig im Sinne des zu diesem Zeitpunkt geltenden Pflegeversicherungsgesetzes (vgl. Statistisches Bundesamt 2017). Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (2009) fasst die Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 auf eine Spanne zwischen etwa 3,09 und 3,36 Millionen zusammen, bezogen auf die Vorausberechnungen zum Basisjahr 2005 bzw. 2007. Bei den Prognosen, die eine Morbiditätskompression berücksichtigen, sind je nach Quelle etwa 2,93 bis 2,95 Mio. Pflegebedürftige zu erwarten. Für das Jahr 2050 wird die Zahl der Pflegebedürftigen auf etwa 4 bis 4,35 Millionen vorausberechnet. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Beitragszahler aufgrund der Bevölkerungsentwicklung.

Pflegeversicherung zukunftsfest machen

Um für diese Entwicklung gewappnet zu sein, müssen zwei sehr grundsätzliche Probleme in der Pflege gelöst werden. Ein gravierendes Problem ist die Sicherung der Fachkräfte in der Pflege (vgl. Rothgang, Müller und Unger 2012), was aber nicht Gegenstand dieses Artikels ist.

Das zweite grundlegende Problem ist die nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung. Es stellt sich die Frage, ob das bisherige Umlageverfahren durch ein Kapitaldeckungsverfahren ersetzt und ob die bisherige Trennung in eine soziale und eine private Pflegeversicherung beibehalten werden soll.

In einer Repräsentativbefragung des wissenschaftlichen Instituts der AOK (vgl. Zok 2011) lehnen es mehr als die Hälfte der Befragten ab, zur künftigen Finanzierung der Pflege eine obligatorische private Pflegezusatzversicherung abzuschließen. Die Akzeptanz einer solchen Zusatzversicherung steigt dabei mit dem Einkommen und der Schulbildung der Versicherten. Die ablehnende Haltung ist umso stärker ausgeprägt, je niedriger das Einkommen ist.

Mit der Einführung des sogenannten »Pflege-Bahr« sollte die freiwillige private Vorsorge gefördert werden. Doch der »Pflege-Bahr« ist nur für wenige sinnvoll und ein Geschenk an die Versicherungswirtschaft. Es fehlen Ansätze einer regelmäßigen Leistungsdynamisierung, um dem tendenziellen Kaufkraftverlust entgegenzuwirken (vgl. Verbraucherzentrale Bun-

desverband 2012a). Zudem ist unter sozialen Aspekten zu beachten, dass auch faktisch private Vorsorgeangebote in der Regel von Personen wahrgenommen werden, die über höhere Einkommen verfügen. Viele Menschen hingegen werden sich eine zusätzliche Risikoversicherung nicht leisten können (vgl. Verbraucherzentrale Bundesverband 2012b).

Die Mehrheit der Versicherten spricht sich zudem für eine einkommensabhängige Erhebung der Beiträge für die Pflegeversicherung aus. Kaum Zustimmung bei den Versicherten (lediglich 10,3% der Befragten) findet der Vorschlag, höhere Ausgaben in der Pflegeversicherung künftig – wie in der gesetzlichen Krankenversicherung – allein über höhere Beiträge der Mitglieder ohne Beteiligung der Arbeitgeber zu finanzieren.

Nach derzeitiger Gesetzeslage gibt es in Deutschland in der Pflegepflichtversicherung zwei getrennte Systeme: ein gesetzliches und ein privates. Die Leistungen sind in der sozialen und in der privaten Pflegepflichtversicherung identisch, die Finanzierung erfolgt hingegen strikt getrennt. Eine große Mehrheit der in der sozialen Pflegepflichtversicherung Versicherten (67,8%) spricht sich für eine Aufhebung der Trennung zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung aus, während nur 12,6% der Befragten diesen Reformvorschlag ablehnen.

Auch wenn diese Befragung vor der Einführung der Pflegestärkungsgesetze durchgeführt wurde, so standen die Versicherten individualisierenden Elementen bei der Finanzierungsgestaltung deutlich ablehnend gegenüber. Sie sprachen sich vielmehr eindeutig für eine integrative, solidarisch finanzierte Pflegeversicherung aus (vgl. Zok 2011).

Diese Forderung unterstützen die Verbraucherverbände vollumfänglich, indem die soziale Pflegeversicherung und die private Pflegepflichtversicherung (PPV) zusammengeführt werden sollten zu einer umlagefinanzierten Pflegeversicherung: mit gleichen Zugangsvoraussetzungen und Leistungsstrukturen, mit einem einheitlichen paritätischen Pflegeversicherungsbeitrag für alle und einer ausgeweiteten Bemessungsgrundlage für Versicherungsbeiträge (vgl. Verbraucherzentrale Bundesverband 2016a).

Über den Tellerrand der Pflegeversicherung hinaus

Dass eine Reform der Finanzierung der Pflegeversicherung auch über die engen Grenzen des Sozialgesetzbuches XI hinausgehen muss, verdeutlichen die folgenden beiden Beispiele:

Behandlungspflege

Bei einer anstehenden Finanzreform der Pflegeversicherung sollte das Augenmerk auch auf die Behandlungspflege in

stationären Einrichtungen gerichtet werden. Diese wird derzeit über die Pflegeversicherung finanziert, obwohl sie originär zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung gehört. Je nach Quelle wird hier ein mögliches Umverteilungsvolumen von rund 1,8 Mrd. Euro (Basis = GKV Routinedaten) (vgl. Rothgang und Müller 2013) bis zu 3 bis 4 Mrd. Euro genannt (vgl. Gesundheitsstadt Berlin 2014). Während bei Pflegebedürftigen, die ambulant versorgt werden, die Kosten für die Behandlungspflege durch die gesetzliche Krankenversicherung übernommen werden, müssen Pflegebedürftige im Heim diese zumindest teilweise mitfinanzieren, da die Pflegesätze regelmäßig nicht über den Zuschuss der Pflegekasse vollständig abgedeckt sind (vgl. Sozialverband Deutschland 2017). Folgerichtig wären die Leistungen der medizinischen Behandlungspflege im stationären Bereich in der gesetzlichen Krankenversicherung zu verorten, ohne dass gleichzeitig die Leistungen der Pflegeversicherung in der stationären Pflege gesenkt werden. Der damit verbundene mögliche Beitragsanstieg in der gesetzlichen Krankenversicherung sollte jedoch paritätisch und nicht über den Zusatzbeitrag finanziert werden.

Hilfe zur Pflege

Mit dem PSG III wurde der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff auch für den sozialhilferechtlichen Anspruch »Hilfe zur Pflege« des Sozialgesetzbuches XII eingeführt. Dabei lehnt sich der Begriff der Pflegebedürftigkeit an den des Sozialgesetzbuches XI an. Die meisten Leistungen der Hilfe zur Pflege erhalten jedoch nur Personen, die den Pflegegraden 2 bis 5 zugeordnet sind. Personen im Pflegegrad 1 können als Leistungen der Hilfe zur Pflege lediglich Pflegehilfsmittel, Zuschüsse zu Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes sowie den Entlastungsbetrag erhalten. Personen, die nach der neuen Begutachtungssystematik nicht die erforderliche Mindestpunktzahl von 12,5 Gesamtpunkten für den Pflegegrad 1 erreichen, erhalten nun anders als bisher keinerlei Leistungen über die Hilfe zur Pflege. Das gilt sowohl für die ambulante als auch stationäre Pflege.

Besonders hart trifft die Gesetzesänderung Personen, die auf eine Versorgung im Pflegeheim angewiesen sind. Hier erhalten Betroffene nur dann Leistungen des Sozialhilfeträgers, wenn sie mindestens dem Pflegegrad 2 zugeordnet sind. Personen mit dem Pflegegrad 1 erhalten lediglich einen Zuschuss in Höhe von 125 Euro, die sie für die Heimkosten einsetzen können, so dass sozialhilfebedürftige Personen mit dem Pflegegrad 1 eine vollstationäre Pflege nicht mehr finanzieren können. Sozialhilfebedürftige Personen, die bereits in einer Pflegeeinrichtung leben und auch nicht durch eine neue Begutachtung nach der neuen Begutachtungssystematik mindestens den Pflegegrad 2 erreichen, müssen wahrscheinlich aus dem Heim ausziehen. Vielerorts weisen die Sozialhilfeträger bereits auf die neue Gesetzeslage hin und bitten die Heimbewohner, sich eine andere Unterkunft zu suchen, wozu die Betroffenen in aller Regel nicht in der Lage sind.

Literatur

Bundesministerium für Gesundheit (2017); »Pflegeversicherung, Zahlen und Fakten«, 12. Januar, verfügbar unter: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/pflegeversicherung-zahlen-und-fakten.html>.

Deutscher Bundestag (2014), *Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)*, Drucksache 18/2909, 15. Oktober, verfügbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/029/1802909.pdf>.

Gesundheitsstadt Berlin (2014), »Müssen sich Krankenkassen an Behandlungspflege beteiligen?«, verfügbar unter: <https://www.gesundheitsstadt-berlin.de/muessen-sich-krankenkassen-an-behandlungspflege-beteiligen-4145/>.

Rothgang, H., T. Kalwitzki, R. Müller und R. Unger (2016), *Barmer GEK Pflegereport 2016*; Berlin.

Rothgang, H. und R. Müller (2013), *Ökonomische Expertise: Verlagerung der Finanzierungskompetenz für Medizinische Behandlungspflege in Pflegeheimen von der Pflege- in die Krankenversicherung*, verfügbar unter http://agp-freiburg.de/downloads/pflege-teilhabe/Reformpaket_Oekonomische_Expertise_Rothgang.pdf.

Rothgang, H., R. Müller und R. Unger (2012), *Themenreport Pflege 2030*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/pflege-vor-ort/projektthemen/pflegereport-2030/>.

RP Online (2016), »Zu wenig Anträge bei Krankenkassen: Geld für Pflegehilfen bleibt liegen«, 13. September, verfügbar unter: <http://www.rp-online.de/leben/gesundheits/news/zusaetzliches-pflegegeld-wird-zu-wenig-bei-kassen-abgerufen-aid-1.6255382>.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (2009), *Sondergutachten 2009; Ziffer 87*; verfügbar unter: <http://www.svr-gesundheit.de/index.php?id=185>.

Schwinger, A., Ch. Tsiasioti und J. Klauber (2016), »Unterstützungsbedarf in der informellen Pflege – eine Befragung pflegender Angehöriger«, in: K. Jacobs, A. Kuhlmei, St. Greß, J. Klauber und A. Schwinger (Hrsg.), *Pflege-Report 2016*. Schattauer, Stuttgart, 189–216.

Sozialverband Deutschland (2017), *Kostenrisiko Behandlungspflege*, verfügbar unter: http://www.sovd.de/fileadmin/downloads/broschueren/pdf/web_positionspapier_kostenrisiko_behandlungspflege.pdf.

Statistisches Bundesamt (2017), »Knapp 2,5 Millionen Pflegebedürftige im Dezember 2015«, Pressemitteilung, 16. Januar, verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemittelungen/2017/01/PD17_017_224pdf.pdf?__blob=publicationFile.

Verbraucherzentrale Bundesverband (2012a), »Pflegereform und »Pflege-Bahr««, verfügbar unter: <http://www.vzbv.de/meldung/pflegereform-und-pflege-bahr>.

Verbraucherzentrale Bundesverband (2012b) *Stellungnahme des Verbraucherzentrale Bundesverband zum Änderungsantrag 18 zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung*, verfügbar unter: http://www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/Pflege-Bahr_Stellungnahme_2012_06_20.pdf.

Verbraucherzentrale Bundesverband (2016a), *Soziale Pflegeversicherung – Leistungssätze anpassen*, verfügbar unter: http://www.vzbv.de/sites/default/files/vzbv_2016_faktenblatt_pflegeversicherung_neu.pdf.

Verbraucherzentrale Bundesverband (2016b), »Pflegestärkungsgesetze lassen wichtige Verbraucheranliegen außen vor«, verfügbar unter: <http://www.vzbv.de/meldung/pflegestaerkungsgesetze-lassen-wichtige-verbraucheranliegen-aussen-vor>.

Zok, K. (2011), »Erwartungen an eine Pflegereform; Ergebnisse einer Repräsentativbefragung«, *WidO Monitor* 8(2), 1–8.



Dörte Heger*

»Weiter so« wird nicht funktionieren

Seit ihrer Einführung im Jahr 1995 wurde die Soziale Pflegeversicherung (SPV) dafür kritisiert, sich einseitig um Menschen mit körperlicher Behinderung zu kümmern und Menschen mit kognitiven Einschränkungen, insbesondere Menschen mit Demenz, zu benachteiligen. Mit den Pflegestärkungsgesetzen wurde diese Benachteiligung nach und nach durch die Ausweitung der Leistungsberechtigung behoben und mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs zu Jahresbeginn vollständig aufgehoben. Schätzungen rechnen allein dadurch mittelfristig mit etwa 500 000 zusätzlichen Leistungsempfängern (vgl. BMG 2015). Dieser Schritt war wichtig und richtig, denn nicht nur körperliche Einschränkungen führen zu Pflegebedürftigkeit.

Neben dieser Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, die sicherlich die umfassendste Neuerung darstellt, wurden aber auch andere Leistungen ausgeweitet: Unter anderem wurden die Leistungsbeträge für alle Pflegearten erhöht, der Leistungskatalog um zusätzliche Unterstützungs- und Betreuungsleistungen ergänzt und Angebote für pflegende Angehörige ausgeweitet. Insbesondere bei täglicher Pflege und bei Pflege von Demenzkranken ist die Belastung pflegender Angehöriger tendenziell sehr hoch (vgl. Bauer und Sousa-Poza 2015). Daher sind auch diese zusätzlichen Entlastungsangebote zu begrüßen.

Vor Einführung der Pflegeversicherung war Pflege hauptsächlich eine Aufgabe der Familie. Aufgrund des demographischen Wandels steigt jedoch die Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen kontinuierlich. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Jüngeren, die familiäre Pflege leisten könnten, ab. Immer häufiger wohnen Kinder von Pflegebedürftigen auch weit entfernt oder haben selbst berufliche oder familiäre Verpflichtungen und können oder wollen daher nicht pflegen. Nicht zuletzt deshalb wird die Pflegeversicherung, auch wenn sie nur als Teilversicherung konzipiert ist, als wichtige

* Dr. Dörte Heger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Kompetenzbereich »Gesundheit« am RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Essen.

soziale Unterstützung wahrgenommen, an deren Finanzierung sich die Allgemeinheit beteiligen sollte. Gleichzeitig fallen in der Altenpflege im Vergleich zu anderen Berufen und insbesondere auch zu Krankenpflegern die Löhne im Durchschnitt tendenziell niedrig aus (vgl. Bispinck et al. 2013). Daher wurde die mit den Leistungsverbesserungen einhergehende stufenweise Erhöhung der Beitragssätze ohne große Diskussion akzeptiert.

Die Ausweitung von Leistungen auf Kosten höherer Beiträge funktioniert also – noch. Die Frage ist nur: wie lange noch? Denn die Kosten für Pflege steigen rasant. Mit dem Rückgang der Zahl jüngerer Menschen sinkt gleichzeitig die Zahl der Beitragszahler, welche die ausgeweiteten Pflegeleistungen finanzieren müssen. Pro Kopf steigt die Belastung junger Menschen daher sehr stark. Um ihre Leistungsbereitschaft nicht zu schwächen, müssen wir versuchen, das Ausgabenwachstum zu bremsen. Das ist in einer Dienstleistung wie der Pflege besonders schwer, weil man bisher z.B. keine Roboter einsetzen kann oder will. Dennoch lässt sich die Pflege nur zukunftsfest gestalten, wenn wir als Gesellschaft auch in der Pflege offen für Innovationen sind.

Im Folgenden beleuchte ich die Zukunftsfestigkeit der Pflegeversicherung aus Sicht ihrer finanziellen Situation und betrachte als wesentliche Herausforderungen den Fachkräftemangel und den Investitionsbedarf. Abschließend diskutiere ich, wie mehr Innovationen und Prävention helfen können, die Situation zu verbessern.

Die finanzielle Lage der SPV

Derzeit erzielt die SPV Überschüsse und das könnte – wenn die Umstellung auf Pflegegrade nicht deutlich teurer ausfällt als erwartet – noch ein paar Jahre weitergehen. Dafür haben die regelmäßigen Beitragserhöhungen der letzten Jahre gesorgt. Allerdings werden die Kosten zukünftig deutlich steigen. Zum einen wurde der Empfängerkreis mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff ausgeweitet. Zum anderen steht die starke Alterungswelle erst noch bevor. In einem Szenario mit gleichbleibender Pflegewahrscheinlichkeit und Pflegedauer (also ohne Berücksichtigung der zusätzlichen Pflegebedürftigen) wurde errechnet, dass die Einnahmen bis 2022 noch die Ausgaben übersteigen, dieser Trend sich dann aber umkehrt und 2028 auch die Kapitalreserven aufgebraucht wären (vgl. Augurzky et al. 2016). Die Kosten für die Umstellung auf die Pflegegrade und auch die tatsächlich anfallenden Kosten nach der Umstellung konnten für die Berechnung aber nur sehr grob geschätzt werden. Die Berechnung würde zwar den von Bundesgesundheitsminister Gröhe gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* genannten Plan, bis 2022 die Beiträge konstant zu halten, zulassen (vgl. *Süddeutsche Zeitung* 2017). Dennoch ist eine solche »Beitragsgarantie« riskant, denn es hakt bei der Nachhaltigkeit. Die Einnahmen der SPV können schnell sinken, wenn die

Erwerbstätigkeit sinkt (weil viele Ältere in Rente gehen). Eine Zeit lang wäre also ein konstanter Beitrag möglich, früher oder später sind aber die Reserven aufgebraucht, was zukünftig zu deutlichen Leistungskürzungen führen muss, bzw. zu deutlich steigenden Beiträgen, die dann von einer geringeren Anzahl an Erwerbstätigen geleistet werden muss. Daher ist eine offene Diskussion darüber notwendig, für welche Leistungen die Versicherung aufkommt und inwieweit das Pflegerisiko privat abgesichert werden kann. So gibt es bereits Vorschläge, wie die Einführung einer Karenzzeit, während der die Pflegebedürftigen selbst für ihre Pflege aufkommen. Im Gegenzug können Personen mit einer langen Pflegebedürftigkeit besser vor übermäßigen Kosten geschützt werden (vgl. Häcker et al. 2010).

Fachkräftemangel in der Pflege

Neben der Finanzierung ist für eine gute Pflege auch ausreichendes und gut ausgebildetes Personal notwendig, denn Pflege ist personalintensiv. Im Januar 2017 kamen auf jede arbeitslose Person in der Altenpflege 4,4 gemeldete offene Stellen – bei allen Berufen lag diese Zahl bei knapp 0,4 (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2017).¹ Der Bedarf an Pflegekräften und insbesondere Fachkräften wird durch die Pflegereform weiter wachsen. Ausreichendes Personal zu finden wird somit schwieriger werden. Um existierendes Personal zu halten und neue Kräfte zu gewinnen, muss es daher gelingen, die Verweildauer im Pflegeberuf zu verlängern, die Vollzeitquote auszuweiten und neue Auszubildende zu gewinnen. Dazu muss die Attraktivität des Berufs gesteigert werden, z.B. durch den Ausbau von Karrieremöglichkeiten, eine gute Führungskultur oder eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf. Auf mehr familiäre Pflege sollte man als Lösung des Personalmangels nur begrenzt setzen.

Zwar nahm der Anteil der Pflegebedürftigen, die von Angehörigen oder gemeinsam mit ambulanten Diensten gepflegt werden, in den letzten Jahren leicht zu. Dazu beigetragen haben sicher auch bessere Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige. Doch auch durch die familiäre Pflege entstehen Kosten: in Form von reduziertem Arbeitseinkommen oder schlechterer Gesundheit der Pflegepersonen (vgl. Skira 2015; Heger 2016). Daher ist ein ausreichendes professionelles Pflegeangebot durch ambulante Dienste oder stationäre Einrichtungen nach wie vor notwendig. Wenn gleich die meisten Menschen zu Hause alt werden wollen, ist das je nach Pflegebedarf allein durch Angehörige nicht zu leisten. Diesen Schluss lassen auch die geschätzten 150 000 bis 300 000 Pflegekräfte in Schwarzarbeit zu. Eine stärkere Angleichung von Pflegegeld und Leistungen für ambulante und stationäre Pflege würde Pflegebedürftigen hier

¹ Die Werte beziehen sich auf die Kategorien »Berufe in der Altenpflege ohne Spezialisierung« und »alle Berufe«.

mehr Wahlfreiheit ermöglichen. Denn die Ausgestaltung der Pflegeversicherung setzt wichtige Anreize für die Wahl der Pflegeart, wie ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern zeigt (vgl. Heger und Korfhage 2016). Die Höhe des Leistungsanspruchs sollte daher von der Pflegebedürftigkeit und nicht von der Art der empfangenen Pflegeleistung abhängig sein.

Keine Angst vor privatem Kapital

Damit aber ein ausreichend großes Angebot an Pflegeleistungen zur Verfügung steht, sind auch mehr Investitionen notwendig. Bis zum Jahr 2030 werden bei gleichbleibenden Pflegequoten und Verweildauern rund 3,5 Mio. Menschen pflegebedürftig sein – 0,6 Mio. mehr als im Jahr 2015 (vgl. Augurzky et al. 2016; Statistisches Bundesamt 2017). Um den zusätzlichen Bedarf an Pflegebetten zu gewährleisten, fallen allein im stationären Bereich bis 2030 Neu- und Reinvestitionen in Höhe von knapp 60 Mrd. Euro an (vgl. Augurzky et al. 2016). Öffentliches Kapital wird dabei alleine nicht ausreichen. Auch privates Kapital wird nötig sein, um das Angebot für diese wachsende Nachfrage zu schaffen. Privates Kapital wird aber nur bereitgestellt, wenn es risikogerecht verzinst wird. Sonst weichen Investoren auf andere Anlagemöglichkeiten aus. Die Politik tut gut daran, wenn sie dieses Potenzial weiterhin nutzt und nicht durch zu viele regulatorische Vorgaben, insbesondere auf der Länderebene, abschreckt. Die Qualität muss dabei nicht leiden, wenn das System so gestaltet ist, dass man nur bei guter Pflege Profit machen kann – wie in anderen Branchen auch. Wer schlechte Qualität liefert, sollte einen Einbruch bei der Auslastung verzeichnen, was sofort zulasten der Profite geht. Umgekehrt sollten Heime mit guter Qualität voll ausgelastet und damit auch profitabel sein. Durch die größere Nachfrage können sogar mehr spezialisierte Angebote für unterschiedliche Pflegesituationen am Markt entstehen. Das Angebot kann sich somit besser an den Wünschen und Bedürfnissen der pflegebedürftigen Menschen orientieren.

Fazit

Die größte Herausforderung für die Pflegeversicherung stellt weiterhin der demographische Wandel dar – besonders ab ca. 2024, wenn allmählich die ersten geburtenstarken Jahrgänge in Deutschland in das Rentenalter kommen und damit nicht nur die Zahl der Pflegebedürftigen weiter steigt, sondern auch die Zahl der Beitragszahler zurückgeht.

Wie kann bei wachsendem Bedarf und schwindenden Ressourcen eine ausreichende pflegerische Versorgung erfolgen? Dies wird nur möglich sein, wenn es gelingt (1) den Bedarf an Pflegeleistungen zu reduzieren und (2) die vorhandenen Ressourcen besser zu nutzen. Entscheidend wird

deshalb sein, wie sich das Risiko, pflegebedürftig zu werden, für künftige Jahrgänge verändert. So gibt es erste Anzeichen, die zeigen, dass z.B. die Neuerkrankungsrate bei Demenz dank eines gesünderen Lebenswandels und höherer Bildung leicht rückläufig ist (vgl. Wu et al. 2016). Allgemein zeigt sich jedoch kein Rückgang der Krankheitsraten, sondern vielmehr leicht zunehmende Krankheitsraten je Altersklasse über die Zeit (vgl. Heger und Kolodziej 2016). Die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit wird daher künftig eine noch wichtigere Rolle spielen, um einen Kollaps in der Altenpflege zu verhindern. Prävention und die konsequente Umsetzung des Prinzips »Rehabilitation vor Pflege« sind hier wichtige Stichworte. Zusätzlich muss aber auch in der Pflege die Produktivität gesteigert werden. Dazu können neue Innovationen im Bereich eHealth und mHealth sowie ein verstärkter Technikeinsatz beitragen. Technische Hilfsmittel zur Unterstützung der Mobilität können von pflegebedürftigen oder von Pflegebedürftigkeit bedrohten Menschen genutzt werden, um ihnen möglichst lange ein selbständiges Leben zu ermöglichen. Überwachungssysteme wie Fallsensoren oder Notrufsysteme können sowohl zu Hause als auch in Pflegeeinrichtungen für mehr Sicherheit bei den Bewohnern sorgen, und schließlich kann Technik auch Pflegerinnen und Pfleger bei kräftefordernden Arbeiten unterstützen. Auch die Flüssigkeitsaufnahme oder die regelmäßige Einnahme von Medikamenten kann durch intelligente Software erleichtert oder überprüft werden. Dabei ersetzt die Technik nicht die Pflegekraft, aber die Pflegekraft wird entlastet und hat damit mehr Zeit für die Pflege am Menschen. Hier bedarf es mehr Mut, sich auf Neuerungen einzulassen und neue Entwicklungen zu fördern.

Literatur

Augurzky, B., D. Heger, C. Hentschker, S. Krolop und M. Stroka (2016), *Pflegeheim Rating Report 2015*, Vincentz Network, Hannover.

Bauer, J.M. und A. Sousa-Poza (2015), »Impacts of informal caregiving on caregiver employment, health, and family«, *Journal of Population Ageing* 8(3), 113–145.

Bispinck, R., H. Dribbusch, F. Öz und E. Stoll (2013), »Einkommens- und Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen. Eine Analyse auf Basis der WSI-Lohnspiegel-Datenbank«, Arbeitspapier 21, Oktober, Düsseldorf.

BMG – Bundesministerium für Gesundheit (2015), »Größe: Mehr Hilfe für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen Bundeskabinett verabschiedet Entwurf des Pflegestärkungsgesetzes II«, Pressemitteilung, 12. August, verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/4_Pressemitteilungen/2015/2015_3/150812-27_PSG_II.pdf.

Häcker, J., T. Hackmann und B. Raffelhüschen (2010), »Pflegerreform 2010: Karenzzeiten in der Sozialen Pflegeversicherung«, Diskussionspapiere des Forschungszentrums Generationenverträge, Nr. 46, Freiburg.

Heger, D. (2016), »The mental health of children providing care to their elderly parents«, *Health Economics*, forthcoming.

Heger, D. und I. Kolodziej (2016), »Changes in Morbidity over Time – Evidence from Europe«, Ruhr Economic Papers #640, RWI, Essen.

Heger, D. und T. Korfhage (2016), »Care Choices in Europe: To Each According to His Needs?«, Ruhr Economic Papers #649, RWI, Essen.

Skira, M. (2015), »Dynamic wage and employment effects of elder parent care«, *International Economic Review* 56(1), 63–93.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017), *Arbeitsmarkt nach Berufen. Reihe: Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitsmarktstatistik, Januar 2017*, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017), *Pflegestatistik – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Deutschlandergebnisse – 2015*, Wiesbaden.

Süddeutsche Zeitung (2017), »Gröhe verspricht stabile Beiträge zur Pflegeversicherung«, 2. Januar, verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/pflege-groeh-e-erwartet-stabile-beitraege-zur-pflegeversicherung-1.3317676>.

Wu, Y.T., L. Fratiglioni, F. Matthews, A. Lobo, M. Breteler, I. Skoog und C. Brayne (2016), »Dementia in western Europe: epidemiological evidence and implications for policy making«, *The Lancet Neurology* 15(1), 116–124.



Thomas Gerlinger*

Leistungsverbesserungen bei fortbestehenden Strukturdefiziten

Ein Sozialversicherungssystem gilt gemeinhin dann als zukunftsfest, wenn es auf längere Zeit finanzierbar ist. Dies bedeutet zumeist, dass der Sozialversicherungsbeitrag nicht oder zumindest nicht erheblich zu einem Anstieg der Lohnkosten beiträgt. Hier soll ein weiteres Verständnis zugrunde gelegt werden. Demnach bedeutet »zukunftsfest«, dass die Pflegeversicherung finanzierbar bleibt, ihr Leistungsrecht den Betroffenen einen umfassenden Schutz im Bedarfsfall gewährt und die Versorgung auch bei stark wachsendem Bedarf gewährleistet ist. Keine einfache Aufgabe.

Finanzierung

Seit der Schaffung der Pflegeversicherung sehen die Regierungsparteien auf deren Finanzierung mit Unbehagen, wenn nicht mit Sorge. Hintergrund ist die fest verankerte Überzeugung, dass Globalisierung und Standortkonkurrenz dazu zwingen würden, die Lohnkosten und damit auch die Sozialabgaben zu begrenzen, um die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Standort nicht zu gefährden. Dieses Motiv erzeugt gleichsam ein – je nach konjunktureller Lage etwas lauterer oder leiserer – Grundrauschen in der Sozialpolitik, das auch bei der Gestaltung der Pflegeversicherung allgegenwärtig ist.

Bekanntlich wird der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung wegen der sich öffnenden Schere der Zahl der Leistungsempfänger und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den kommenden Jahrzehnten steigen, vermutlich sehr deutlich. Schätzungen gehen von bis zu 4,5 Mio. Leistungsempfängern in den 2050er Jahren aus. Verstärkt wird diese Entwicklung noch durch eine aufgrund des sozialen Wandels vermutlich wachsende Bedeutung professionell erbrachter Pflegeleistungen. Zwar sind auch entlastende Effekte zu erwarten, z.B. ein Rückgang der al-

* Prof. Dr. Dr. Thomas Gerlinger lehrt an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften an der Universität Bielefeld.

tersgruppenspezifischen Pflegequote, also eine Verschiebung des Eintritts von Pflegebedürftigkeit in ein höheres Lebensalter, auch könnten durch verbesserte Prävention und Rehabilitation Pflegebedürftigkeit vermieden oder ihr Eintritt verzögert werden, jedoch werden solche Effekte den skizzierten Trend nicht spürbar dämpfen, geschweige denn aufhalten können.

Ceteris paribus ist also von einem deutlichen Anstieg des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung auszugehen. Allerdings können die bei diesem Befund mitschwingenden Befürchtungen nicht überzeugen. Die Leistungsbilanz der letzten Jahre zeigt, dass die deutsche Volkswirtschaft außerordentlich wettbewerbsfähig ist – obwohl von interessierter Seite schon seit Jahrzehnten vermeintlich überbordende Sozialversicherungsbeiträge beklagt werden. Deutschland sieht sich mittlerweile der Kritik von Handelspartnern und internationalen Organisationen ausgesetzt, u.a. mit Lohn-Dumping zu weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten beigetragen zu haben, die dringend der Korrektur bedürfen. Auch kräftige Anhebungen des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung scheinen vor diesem Hintergrund durchaus verkraftbar. Selbst wenn man dieser Meinung nicht folgt, wäre in Rechnung zu stellen, dass ein Anstieg des Beitrags zur Pflegeversicherung nur einen geringen Einfluss auf die Lohnkosten hat. Zudem haben Investitionen in den personalintensiven Pflegesektor höhere Beschäftigungseffekte als in zahlreichen anderen Branchen.

Die Reformen der Großen Koalition haben die Leistungen der Pflegeversicherung erheblich ausgeweitet. Der ebenfalls denkbare Weg, den Beitragssatz durch eine spürbare Leistungsbegrenzung zu stabilisieren, wurde nicht beschritten. Stattdessen setzt sie offenkundig auf eine Kombination mehrerer Instrumente: Ein Pflegevorsorgefonds soll ab 2035, wenn die Zahl der Leistungsempfänger stark gestiegen sein dürfte, den Beitragssatzanstieg dämpfen; darüber hinaus soll die Schaffung besserer Rahmenbedingungen die ambulante Pflege durch Angehörige stärken und so den Trend zur teureren professionellen Pflege eindämmen. Ob diese Strategie erfolgreich sein wird, ist mehr als zweifelhaft, denn erstens wird der Pflegevorsorgefonds nicht in der Lage sein, den Beitragsanstieg spürbar zu dämpfen, und darüber hinaus ab Mitte der 2050er Jahre, wenn das Verhältnis der Zahlen von Leistungsempfängern und Beitragszahlern weiterhin ungünstig bleibt, aufgebraucht sein. Zweitens dürften die Anreize zur informellen Pflege den Bedeutungszuwachs der stationären Pflege und der professionellen Pflege insgesamt nicht aufhalten können.

Bemühungen, den Beitragssatzanstieg zu dämpfen, müssen vor allem an der Einnahmeseite ansetzen, denn die soziale Pflegeversicherung leidet unter einer strukturellen Einnahmeschwäche. Hier wäre die Einführung einer Bürgerpflegeversicherung, die ein einheitliches Pflegeversiche-

rungssystem für alle Bürgerinnen und Bürger schafft, ein wirksames Instrument. Die soziale Pflegeversicherung agiert derzeit unter deutlich schlechteren Rahmenbedingungen als die private: Die Einkommen der Versicherten sind im Durchschnitt deutlich niedriger, der Anteil der Pflegebedürftigen ist in fast allen Altersgruppen höher, und die Ausgaben je Versicherten sind sogar fast viermal so hoch. Die Erweiterung des Versichertenkreises auf die gesamte Bevölkerung, verbunden mit einer Erweiterung der Beitragsbemessungsgrundlagen, würde den Anstieg des Beitragssatzes dämpfen. Auf diesem wichtigen Feld der Zukunftssicherung für die Pflegeversicherung ist die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode untätig geblieben.

Leistungsberechtigte und Leistungsansprüche

Die im Zuge der drei Pflegestärkungsgesetze verabschiedeten Maßnahmen sind die umfangreichsten Leistungsverbesserungen seit der Einrichtung der Pflegeversicherung im Jahr 1995. Im Mittelpunkt stehen die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und die Reform des Begutachtungs-Assessments. Beides entspricht im Grundsatz einem breiten Konsens in Politik, Wissenschaft und Praxis. Die Reform war längst überfällig, und die Voraussetzungen für ihre Implementierung lagen schon seit Jahren vor. Damit haben sich der Kreis der Leistungsempfänger und der Leistungsumfang deutlich erweitert. Vor allem Demenzerkrankte werden von diesen Reformen profitieren. Dieser Personenkreis ist nun vollständig in das Leistungsrecht der sozialen Pflegeversicherung integriert, nachdem vorangegangene Reformen nur kleine Schritte zur vorläufigen und punktuellen Berücksichtigung ihrer Belange gegangen waren. Angesichts der künftig zu erwartenden epidemiologischen Bedeutung von Demenzerkrankungen ist dies ein bedeutender Schritt zu einer angemessenen Versorgung bei Pflegebedürftigkeit. Darüber hinaus hat der Gesetzgeber die Leistungen für die Leistungsempfänger angehoben. Sie gehen überwiegend auf bereits mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz 2008 beschlossene Vorgaben zur Dynamisierung der Leistungen zurück. Schließlich wurden auch Maßnahmen zur besseren Personalausstattung in der Pflege getroffen. Insgesamt führen die diversen Leistungsverbesserungen zu erheblichen Mehrausgaben, zu deren Finanzierung der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,4 Prozentpunkte angehoben wurde. Hinzu kommen 0,1 Prozentpunkte für die Finanzierung eines Pflegevorsorgefonds.

Von einem umfassenden Schutz bei Pflegebedürftigkeit kann aber nach wie vor nicht die Rede sein. Die Pflegeversicherung bleibt eine nicht kostendeckende Grundsicherung und unterscheidet sich darin grundlegend von der gesetzlichen Krankenversicherung. Im Jahr 2014 wurden immerhin knapp 37% der Ausgaben für Pflege durch Private getragen. Die soziale Pflegeversicherung trug nur etwas

mehr als die Hälfte aller Pflegeausgaben. Die Kaufkraft der Pflegegeld- und Pflegesachleistung wurde erstmals 2008 angehoben. Für den Kaufkraftverlust der Vorjahre (1995–2008) gab es bisher keinen Ausgleich, so dass die Leistungen bei Gründung der Pflegeversicherung de facto höher waren als heute. Auch in Zukunft werden private Zuzahlungen beträchtlich sein bzw. dürfte ein erheblicher Teil der Pflegebedürftigen auf Hilfe zur Pflege angewiesen bleiben. Seit Jahren bewegt sich der Anteil der stationär Pflegebedürftigen, die auf Hilfe zur Pflege angewiesen sind, bei rund einem Drittel. Zieht man Prognosen zur Entwicklung der Altersarmut heran, so ist kaum damit zu rechnen, dass sich die Abhängigkeit von der Sozialhilfe spürbar reduzieren wird.

Versorgung

Leistungsanspruch und Versorgungswirklichkeit sind nicht unbedingt gleichzusetzen. Die Gewährleistung einer angemessenen Versorgung ist vielmehr durchaus fraglich und zählt zu den größten Zukunftsherausforderungen in der Pflegepolitik. Die informelle Pflege durch Angehörige, Nachbarn, ehrenamtlich Tätige usw. spielt in Deutschland eine traditionell große Rolle. Zwar ist sie erstaunlich stabil, werden doch rund 70% der ambulant Pflegebedürftigen durch diesen Personenkreis allein oder in Zusammenarbeit mit professionellen Diensten versorgt. Vielgestaltiger sozialer Wandelung wie der Bedeutungsverlust der Familie, Individualisierung, die Lockerung der Inter-Generations-Beziehungen, wachsende Flexibilitätsanforderungen in der Arbeit, erhöhte räumliche Mobilität etc. lassen es aber zweifelhaft erscheinen, ob Familien und soziale Netze weiterhin ihre bisher tragende Rolle wahrnehmen können. Die Förderung der ambulanten Pflege durch Angehörige ist Bestandteil einer Kostendämpfungsstrategie, da die Versorgung in der eigenen Häuslichkeit weniger kostet als die Pflege im Heim und das Pflegegeld niedriger ist als die Pflegesachleistung. Zudem entspricht die Pflege durch Angehörige im eigenen Zuhause den Wünschen der großen Mehrheit der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen. Zugleich setzt der Mangel an qualifizierten Pflegekräften (»Pflegenotstand«) einer Ausweitung professioneller Pflege Grenzen.

Die Große Koalition hat sich – wie auch schon die Vorgängerregierungen – an einem Policy Mix orientiert, der die Bedingungen sowohl für informelle als auch für professionelle Pflege zu verbessern versucht. Der Instrumentenkasten zur Förderung der informellen Pflege beinhaltet u.a. Zuschüsse zur Anpassung des häuslichen Wohnumfeldes, die Flexibilisierung der Versorgungsformen und Leistungsangebote, die Schaffung neuer niedrigschwelliger Versorgungsangebote sowie finanzielle Anreize für die Pflegepersonen. Die vorläufige Bilanz dieser Maßnahmen ist durchwachsen. Auf der einen Seite ist ein Anstieg von Tages- und Nachtpflege

sowie von Kombinationsleistungen zu verzeichnen. Beides deutet darauf, dass Angehörige versuchen, die Pflege mit privaten und beruflichen Belangen zu vereinbaren. Allerdings wurden andere Leistungsangebote bzw. Anreize bisher kaum wahrgenommen. Insgesamt haben diese Bemühungen nicht verhindern können, dass seit der Einrichtung der Pflegeversicherung die vollstationäre Versorgung von Pflegebedürftigen erheblich zugenommen hat und die Inanspruchnahme von Pflegegeld stark rückläufig ist. Offenkundig sind die Anreize für Angehörige zur Übernahme der Pflege nicht stark genug, um den Trend zur Professionalisierung und zur Heimpflege zum Stillstand zu bringen oder gar umzukehren.

Im Hinblick auf die professionelle Pflege gehen alle Prognosen von einem sich verschärfenden Mangel an qualifizierten Pflegekräften aus. Auch hier hat die Große Koalition eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die den Pflegeberuf stärken sollen. Dazu gehören Vorgaben für eine bessere Personalausstattung, die Anhebung des Mindestlohns sowie die Stärkung von Tariflöhnen in der Altenpflege. Das Pflegeberufsgesetz, wenn es denn noch in Kraft tritt, soll bestehende Hürden beim Zugang zur Pflegeausbildung abbauen. Aber auch auf diesem Handlungsfeld ist fraglich, ob sich der gewünschte Erfolg einstellen wird. Ob ein Pflegeberufsgesetz gerade die Altenpflege stärkt, ist heftig umstritten und wird abzuwarten sein. Zwar sind die Ausbildungszahlen in der Altenpflege gestiegen, aber nach wie vor sind dort schlechte Arbeitsbedingungen und geringe Gehälter weit verbreitet. Dies grundsätzlich zu ändern, wäre aber erforderlich, um die Attraktivität des Pflegeberufs dauerhaft zu erhöhen und den Berufsausstieg aus der Pflege zu reduzieren. Derartige Maßnahmen scheitern an den restriktiven finanziellen Rahmenbedingungen der sozialen Pflegeversicherung. Ihre Realisierung würde erhebliche Mehrkosten erzeugen, für deren Aufbringung der politische Wille fehlt. Dem Weg, das Problem über die Rekrutierung qualifizierter und billiger Arbeitskräfte aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland zu lösen, sind aus ethischer Perspektive enge Grenzen gesetzt, weil die Abwanderung von Pflegekräften aus den zumeist ärmeren Herkunftsländern in den dortigen Gesundheitssystemen Mangelsituationen zu erzeugen oder zu verschärfen droht.

Zudem zeigt sich, dass sich sowohl der Bedarf als auch der Mangel an Pflegekräften regional und lokal höchst unterschiedlich entwickeln (werden). Dies verweist auf die Notwendigkeit, die Rechte und Handlungschancen der Länder und Kommunen bei der Ausgestaltung der Pflegeversicherung und bei der Gewährleistung einer angemessenen Pflegeinfrastruktur gezielt zu stärken. Das Pflegestärkungsgesetz III sieht dafür zwar einige Maßnahmen vor, die aber von einer umfassenden Stärkung noch recht weit entfernt sind. Allerdings sind auf diesem Gebiet neben dem Bund auch die Länder, die Kommunen und die Pflegekassen gefordert.

Fazit

Die Große Koalition hat die bisher umfassendsten Reformen der sozialen Pflegeversicherung durchgeführt. Mit der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und des dazu gehörenden Begutachtungs-Assessments wurden längst überfällige Maßnahmen zur Erweiterung des Leistungsempfängerkreises und der Ermittlung ihres Versorgungsbedarfes ergriffen. Insofern hat sie einen wichtigen Schritt zur Anpassung des Leistungsrechts an aktuelle und künftige Bedarfe vollzogen. Allerdings bleibt die soziale Pflegeversicherung eine nicht kostendeckende Grundsicherung mit fortgesetzter Abhängigkeit eines erheblichen Teils der Leistungsempfänger von der Sozialhilfe. Im Hinblick auf die Finanzierung sind Spielräume zur Anhebung des Beitragssatzes vorhanden. Allerdings hat die Große Koalition – sieht man einmal von der zweimaligen Anhebung des Beitragssatzes ab – auf Schritte zu einer strukturellen Stärkung der Einnahmeseite verzichtet. Hier wäre vor allem die Einführung einer Bürgerversicherung ein substanzieller Schritt, der helfen würde, künftige Beitragssatzanhebungen zu dämpfen. Der neu eingerichtete Pflegevorsorgefonds ist hierfür hingegen kein geeignetes Instrument. Im Hinblick auf die Gewährleistung der Versorgung ist ein sowohl auf informelle als auch auf professionelle Pflege setzender Policy Mix sinnvoll, aber es mangelt den bisherigen Maßnahmen vor allem an Reichweite und Durchschlagskraft. Eine Bewältigung des Mangels an Pflegekräften ist nicht in Sicht. Von einer zukunftsfesten Pflegeversicherung kann also keine Rede sein.

Die Inflation kommt zurück! Immer mehr Firmen in Deutschland wollen ihre Preise anheben

16

Robert Lehmann und Timo Wollmershäuser

Inflation ist seit spätestens Anfang dieses Jahres wieder ein Thema in der öffentlichen Debatte. In dem Beitrag wird die Aussagekraft der vom ifo Institut im Rahmen des ifo Konjunkturtests erfassten Preisänderungsabsichten der deutschen Unternehmen bezüglich der tatsächlichen Preisentwicklung sowohl auf der Verbraucherstufe als auch auf den vorgelagerten Fertigungsstufen untersucht. Die ifo Preiserwartungen sind ein zuverlässiger Frühindikator zur Prognose der sektor-spezifischen Preisentwicklung. Zudem ist der ifo Indikator in der Lage, die Kernrate der deutschen Inflation treffsicherer vorherzusagen als ein einfaches Referenzmodell. Nach den jüngsten Befragungsergebnissen des ifo Konjunkturtests wollen auch in Zukunft immer mehr Firmen ihre Preise anheben. Aus diesem Grund dürfte die zuletzt gestiegene Inflation sowohl auf den Fertigungsstufen, die dem Endverbrauch vorgelagert sind, als auch auf der Verbraucherstufe in den kommenden Monaten weiterhin hoch bleiben. Die Inflation in Deutschland kommt zurück.

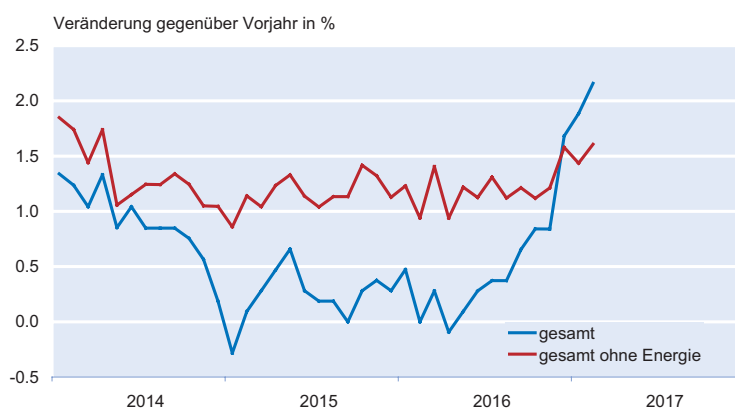
Inflation ist seit spätestens Anfang dieses Jahres wieder ein Thema in der öffentlichen Debatte. Nachdem die Inflationsrate in Deutschland zwischen Februar und Mai 2016 weitgehend stagnierte, legte sie in den Folgemonaten kontinuierlich zu und erreichte im Februar 2017 mit 2,2% einen Wert, der über der von der Europäischen Zentralbank definierten Obergrenze für Preisstabilität liegt. Ein Gutteil dieses Anstiegs ist auf die Energiekomponente (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) zurückzuführen, die etwa ein Zehntel der Konsumausgaben eines privaten Haushalts in Deutschland ausmacht und deren Preis sowohl im Vormonats- als auch im Vorjahresvergleich kräftig gestiegen ist. Allerdings hat sich auch die Inflationsrate der verbleibenden Waren und Dienstleistungen (die sog. Kernrate) seit Ende letzten Jahres deutlich auf zuletzt 1,6% beschleunigt, nachdem sie zuvor in den ver-

gangenen zwei Jahren im Schnitt um etwa 1,2% schwankte (vgl. Abb. 1).

Um die weitere Entwicklung der deutschen Verbraucherpreise in den kommenden Monaten abzuschätzen, werden hier die im Rahmen des ifo Konjunkturtests erfassten Preisänderungsabsichten der deutschen Unternehmen sowohl im Einzelhandel als auch in Fertigungsstufen, die dem Endverbrauch vorgelagert sind, herangezogen. Dabei wird auf die Frage nach den erwarteten Inlandsverkaufspreisen in den kommenden drei Monaten zurückgegriffen, die den Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, im Bauhauptgewerbe, im Groß- und Einzelhandel sowie in den übrigen Dienstleistungsbereichen monatlich gestellt wird. Bei dieser Frage können die Unternehmer eine der drei Antwortkategorien »steigen«, »etwa gleich bleiben« und »fallen« wählen. Das Befragungsergebnis eines Monats wird dabei als Differenz des prozentualen Anteils der Unternehmen, die steigende Preise erwarten, und des prozentualen Anteils der Unternehmen, die fallende Preise erwarten, ausgedrückt. Nachdem dieser sog. Saldo in den vergangenen Jahren zwar positiv, aber weitgehend unverändert war, ist er im Verlauf des Jahres 2016 deutlich gestiegen. Demnach nahm der relative Anteil der Unternehmen, die Preissteigerungen planten, kontinuierlich zu (vgl. Abb. 2).

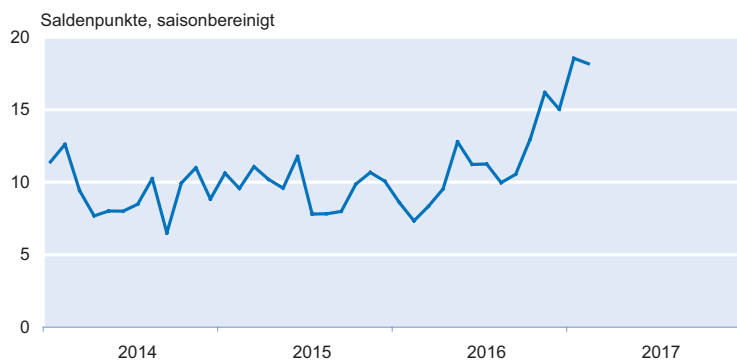
Im dem Beitrag werden zunächst die Preisindizes der amtlichen Statistik vorgestellt, die den Verbraucherpreisen vorgelagert sind. Der Schwerpunkt der Ana-

Abb. 1
Verbraucherpreise



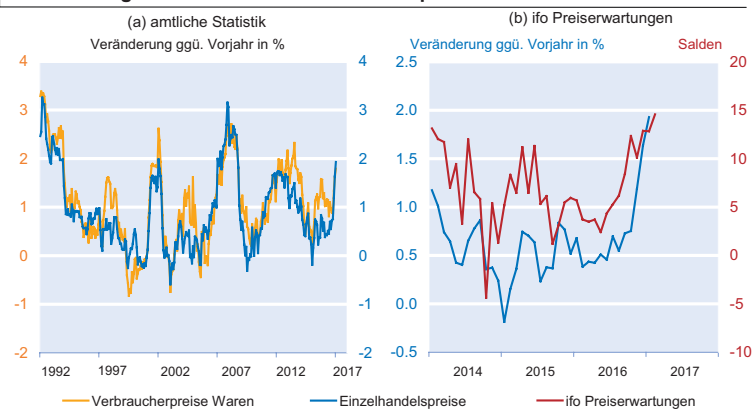
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2
ifo Preiserwartungen der deutschen Wirtschaft^{a)}



^{a)} Erwartete Verkaufspreise im Verarbeitenden Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel und den übrigen Dienstleistungsbereichen in den kommenden 3 Monaten.
Saldo der prozentualen Anteile "steigen" und "fallen".
Quelle: ifo Konjunkturtest; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3
Entwicklung der Waren- und Einzelhandelspreise



Anmerkung: Bei allen Zeitreihen wurde die Energiekomponente (d.h. Haushaltsenergie und Kraftstoffe bei den Warenpreisen und Motorenkraftstoffe bei den Einzelhandelspreisen sowie in den ifo Preiserwartungen) herausgerechnet.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

lyse wird dann auf die Prognosegüte gelegt, die die ifo Preiserwartungen für die in einem bestimmten Wirtschaftsbereich erstellten Güter im Hinblick auf den vom Statistischen Bundesamt jeweils entsprechenden Preisindex aufweisen.

Entwicklung der Waren- und Einzelhandelspreise

Die Preiseentwicklung der Unternehmen des Einzelhandels ist am engsten mit der Entwicklung der Verbraucherpreise verbunden. Da der Index der Einzelhandelspreise des Statistischen Bundesamtes ein Verkaufspreisindex ist, in den ausschließlich verkaufte Waren, nicht jedoch Dienstleistungen, eingehen, ist insbesondere die Korrelation zwischen den Preisen für Waren im Verbraucherpreisindex, die einen Anteil von 48% am Gesamtindex haben, und den Einzelhandelspreisen mit einem Koeffizienten von 0,77 recht hoch. Dieser Korrelationskoeffizient steigt sogar auf 0,90, wenn man die Energiekomponenten aus beiden Indizes heraus-

rechnet (also die Korrelation zwischen den Preisen für Waren im Verbraucherpreisindex ohne Energie und den Einzelhandelspreisen ohne die Preise für Motorenkraftstoffe) (vgl. Abb. 3a).

Aktuell ist die weitere Entwicklung der Warenpreise vor allem deshalb interessant, weil gerade diese Komponente des Verbraucherpreisindex maßgeblich zum jüngsten Anstieg der Kerninflationsrate beitrug. Nachdem die Warenpreise (ohne Energie) zwischen Januar und Oktober 2016 lediglich mit durchschnittlich 1,0% zulegten, stieg ihre Teuerungsrate bis Januar 2017 auf 1,9%. Ein ganz ähnlicher Verlauf zeigte sich bei den Einzelhandelspreisen. Dieser beschleunigte Preisanstieg wurde von den Einzelhändlern, die im Rahmen des ifo Konjunkturtests befragt wurden, bereits im Spätsommer 2016 antizipiert, als der Saldo der Preiserwartungen im Einzelhandel (ohne Motorenkraftstoffe) von etwa 5 auf 12 Saldenpunkte stieg (vgl. Abb. 3b). Neben der zeitnahen Verfügbarkeit der ifo Befragungsdaten bereits am Ende des laufenden Monats¹, ist gerade dieser Vorlauf ein weiterer Vorteil, der zum Zwecke der Prognose genutzt werden kann. Abbildung 4a zeigt, dass die tatsächliche Veränderung der Einzelhandelspreise die höchste Korrelation mit den ifo Preiserwartungen der Einzelhändler aufweisen, die zwei Monate vorher erhoben wurden. Dabei spielt es für die Vorlaufeigenschaft der ifo Preiserwartungen keine Rolle, ob die volatilen Motorenkraftstoffe aus der ifo-Befragung und den Einzelhandelspreisen herausgerechnet

werden oder nicht. Sogar der Korrelationskoeffizient ist in beiden Fällen mit etwa 0,71 gleich hoch.

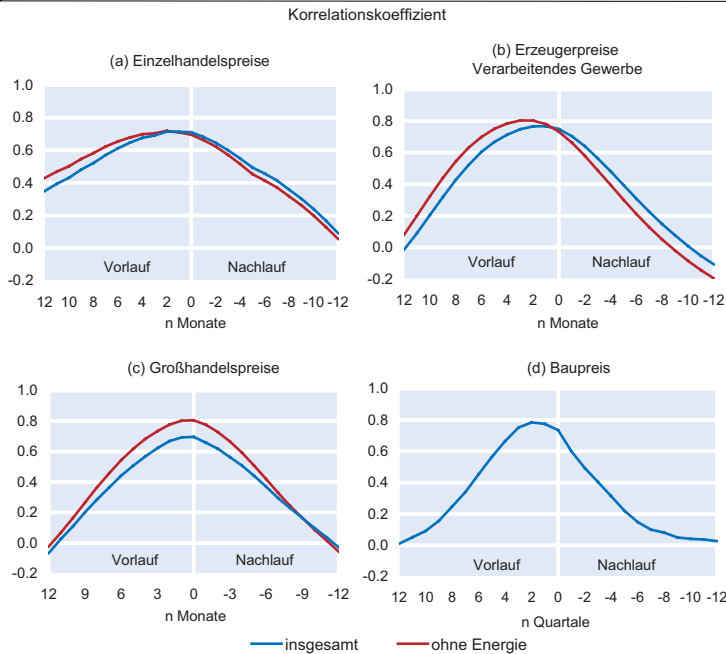
Zur Beurteilung der Prognosegüte der ifo Preiserwartungen kommt ein sogenanntes »autoregressive distributed lag« (ADL) Modell in folgender Form zur Anwendung:

$$y_{t+h} = \alpha + \sum_{i=1}^p \beta_i y_{t-i} + \sum_{j=0}^q \gamma_j x_{t-j} + \varepsilon_{t+h}$$

Dabei steht y_{t+h} für die Prognose des entsprechenden Preisindex, wobei h den Prognosehorizont definiert. Diese Prognose basiert auf eigenen Verzögerungen der abhängigen Variable und einem entsprechenden Vorlaufindikator x_t . Im Falle des deutschen Einzelhandels entspricht die Vorjahres-

¹ Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Einzelhandelspreise für einen bestimmten Monat erst in der zweiten Hälfte des darauffolgenden Monats und damit etwa einen Monat nach den ifo Preiserwartungen.

Abb. 4
Vorlauf der ifo Preisermwartungen



Anmerkung: Der Vorlauf der ifo Preisermwartungen wurde über die Kreuzrelation bestimmt, die als Korrelation der Vorjahresveränderungsrate der Preise der amtlichen Statistik mit dem n Monate (bzw. Quartale im Falle der Baupreise) vorher erhobenen Saldo der ifo Preisermwartungen des entsprechenden Wirtschaftsbereichs berechnet wurde. Die verwendeten Daten erstrecken sich über den Zeitraum von 1991 bis 2016.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturtest; Berechnungen des ifo Instituts.

wachstumsrate der Einzelhandelspreise der zu prognostizierenden Variable und die ifo Preisermwartungen dem Vorlaufindikator. Für die Prognose wird auf monatliche Daten im Zeitraum Januar 1992 bis Dezember 2016 zurückgegriffen. Die maximale Anzahl an Verzögerungen (p, q) wird auf sechs Monate festgelegt und die optimale Anzahl mit dem Bayesianischen Informationskriterium (BIC) bestimmt. Da es sich bei Befragungsdaten naturgemäß um Kurzfristindikatoren handelt, wird eine Prognose für den laufenden und die zwei folgenden Monate abgegeben ($h \in \{0, 1, 2\}$). Das ADL-Modell wird im ersten Schritt für den Zeitraum von Januar 1992 bis Mai 2004 geschätzt und eine Prognose für den Mai, Juni und Juli 2004 abgegeben. Dabei wird angenommen, dass wir uns am Ende des Monats Mai befinden und der ifo-Befragungsindikator für diesen Monat bereits vorliegt. Im Anschluss wird der Zeitraum um einen Monat erweitert, das Modell neu geschätzt und abermals drei Prognosen berechnet. Dieses Vorgehen wird bis zum Ende des Beobachtungszeitraums (Dezember 2016) wiederholt. Das ADL-Modell ist so implementiert, dass die Prognosen für die beiden längeren Prognosehorizonte direkt berechnet werden und damit nicht auf den Vorhersagen der jeweils vorangegangenen Monate beruhen. Konkret gesprochen: Die Prognose für bspw. Juli 2004 beruht nicht auf der Prognose für Juni 2004.

Zur Beurteilung der Prognosegüte der ifo Preisermwartungen wird zunächst die Wurzel des mittleren quadratischen Prognosefehlers ($WMQPF_{ifo}$) berechnet:

$$WMQPF_{ifo} = \sqrt{\frac{1}{T} \sum_{t=1}^T (y_t^f - y_t)^2}$$

Dabei bezeichnet T die Anzahl der erstellten Prognosen; y_t^f und y_t repräsentieren die Prognose der Wachstumsrate der Einzelhandelspreise bzw. deren Realisation, wie sie vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht werden. Um die relative Prognosegüte der ifo Preisermwartungen beurteilen zu können, wird $WMQPF_{ifo}$ mit der Wurzel des mittleren Prognosefehlers, resultierend aus einem einfachen autoregressiven Prozess ($WMQPF_{AR}$), verglichen. Bei dem autoregressiven Prozess handelt es sich um das zuvor beschriebene ADL-Modell, jedoch ohne den zusätzlichen Indikator mit in die Gleichung aufzunehmen. Das relative Prognosegütemaß wird üblicherweise als Theilscher Ungleichheitskoeffizient (Theils U) bezeichnet und hat die folgende Form:

$$Theils\ U = \frac{WMQPF_{ifo}}{WMQPF_{AR}}$$

Sofern der Theils U Werte kleiner als 1 annimmt, liefert das Modell mit ifo Preisermwartungen im Durchschnitt kleinere Prognosefehler als das Referenzmodell. In Tabelle 1 ist die relative Prognosegüte der ifo Preisermwartungen für die Einzelhandelspreise mit und ohne Energie angegeben.

Für alle drei Prognosehorizonte liefert das Modell mit dem ifo-Indikator durchschnittlich geringere Prognosefehler für das Wachstum der Einzelhandelspreise als das Referenz-

Tab. 1
Relative Prognosegüte der ifo Preisermwartungen zur Vorhersage der Einzelhandelspreise (gesamt bzw. ohne Energie)

	Theils U $h = 0$	Theils U $h = 1$	Theils U $h = 2$
Einzelhandelspreise	0,9894	0,9578	0,9596
Einzelhandelspreise (ohne Energie)	0,9792	0,9393	0,9311

Anmerkung: Theils U entspricht dem Verhältnis aus durchschnittlichem Prognosefehler des Modells mit ifo Preisermwartungen und dem mittleren Prognosefehler des einfachen Referenzmodells. Ein Wert kleiner 1 signalisiert eine höhere durchschnittliche Treffsicherheit des Modells mit ifo Preisermwartungen. h bezeichnet den Prognosehorizont in Monaten.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

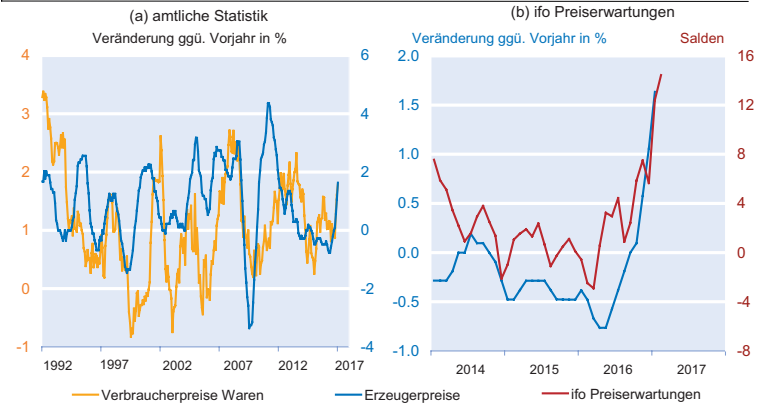
modell. Obgleich das Referenzmodell bereits sehr verlässliche Prognosen erzeugt, ist das Modell inklusive Indikator sogar in der Lage, die hohe Treffsicherheit noch weiter zu steigern. Die relative, aber auch absolute Prognosegüte für die Betrachtung der Einzelhandelspreise ohne Energie ist noch etwas höher als für die Einzelhandelspreise insgesamt. Dies mag kaum verwundern, da Energiepreise in der Regel sehr volatil sind.

Entwicklung auf vorgelagerten Preisstufen

Für die meisten vom ifo Konjunkturtest erfassten Wirtschaftsbereiche, deren Preisstufen dem Endverbrauch vorgelagert sind, veröffentlicht das Statistische Bundesamt Preisindizes. So misst der *Index der Erzeugerpreise des Verarbeitenden Gewerbes* die Entwicklung der Preise für im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland hergestellte und abgesetzte Erzeugnisse. Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* bezieht sich auf die Preise von Waren, die im Inland von Großhändlern abgesetzt werden und die entweder im Inland erzeugt oder aus dem Ausland eingeführt wurden. Der *Baupreisindex* (der im Gegensatz zu den anderen Indizes nur vierteljährlich erhoben wird) schließlich spiegelt die Entwicklung der Preise für den Neubau und die Instandhaltung von Bauwerken des Hoch- und des Tiefbaus wider. Für die Preise von Dienstleistungen (jenseits des Handels) liegt bislang kein umfassender Gesamtindex vor;² deshalb bleiben sie in der weiteren Analyse unberücksichtigt.

Im Vergleich zu den Einzelhandelspreisen ist der Zusammenhang der vorgelagerten Preisstufen der heimischen Güterproduktion mit den Verbraucherpreisen schwächer, insbesondere wenn man die hochkorrelierten Energiekomponenten herausrechnet (vgl. Abb. 5a, 6a, 7a). So ist der Korrelationskoeffizient mit 0,34 (Verarbeitendes Gewerbe), 0,50 (Großhandel) und 0,69 (Baugewerbe) deutlich geringer als bei den Einzelhandels-

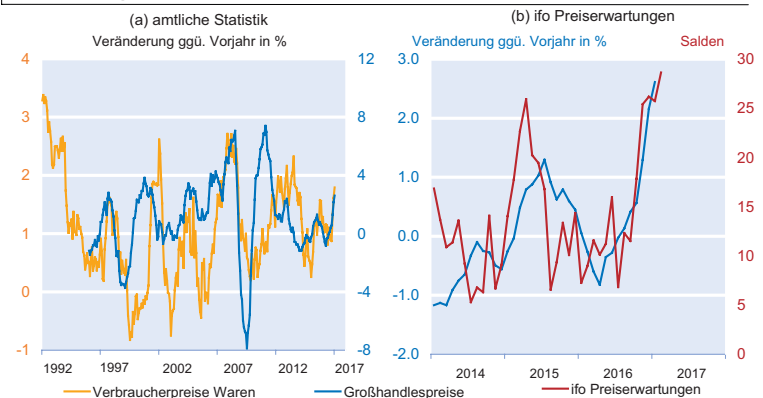
Abb. 5
Entwicklung der Waren- und Erzeugerpreise



Anmerkung: Bei allen Zeitreihen wurde die Energiekomponente (d.h. Haushaltsenergie und Kraftstoffe bei den Warenpreisen und Mineralölserzeugnisse bei den Erzeugerpreisen und den ifo Preisermutungen) herausgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturtest; Berechnungen des ifo Instituts.

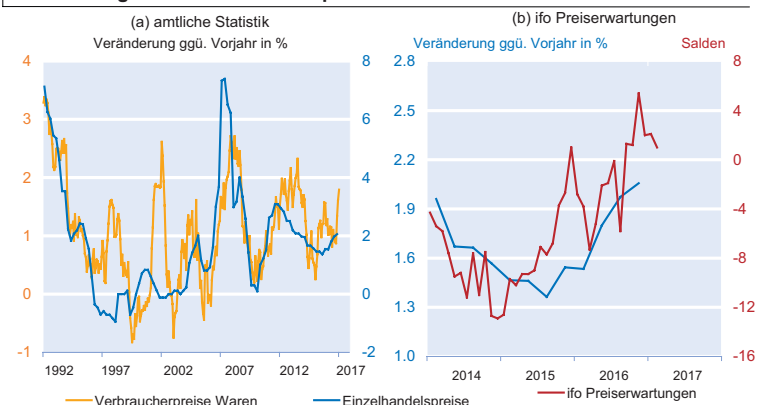
Abb. 6
Entwicklung der Waren- und Großhandelspreise



Anmerkung: Bei allen Zeitreihen wurde die Energiekomponente (d.h. Haushaltsenergie und Kraftstoffe bei den Warenpreisen und Brennstoffe und Mineralölserzeugnisse bei den Großhandelspreisen und den ifo Preisermutungen) herausgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturtest; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 7
Entwicklung der Waren- und Baupreise



Anmerkung: Bei allen Zeitreihen wurde die Energiekomponente (d.h. Haushaltsenergie und Kraftstoffe) herausgerechnet. Bei den Baupreisen kann eine solche Bereinigung nicht durchgeführt werden..

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturtest; Berechnungen des ifo Instituts.

² Das Statistische Bundesamt veröffentlicht lediglich Erzeugerpreisindizes für bestimmte Dienstleistungszweige. Dazu zählen Verkehr und Logistik, Information und Kommunikation, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Verwaltungs- und Unterstützungsleistungen.

preisen. Während die Baupreise einen weitgehenden Gleichlauf mit den Verbraucherpreisen aufweisen, ergibt sich bei den Erzeugerpreisen des Verarbeitenden Gewerbes (ohne Mineralölzeugnisse) und den Großhandelsverkaufspreisen (ohne Brennstoffe und Mineralölzeugnisse) ein Vorlauf der Vorjahresveränderungsraten zur Veränderungsrate der Warenpreise (ohne Energie) im Verbraucherpreisindex von etwa sechs Monaten.³ Die deutliche Beschleunigung der Teuerung der vorgelagerten Preisstufen in der zweiten Jahreshälfte 2016 dürfte sich demnach in den kommenden Monaten in einer weiter zunehmenden Inflationsrate niederschlagen.

Dieser zunehmende Preisanstieg wurde bereits seit Anfang vergangenen Jahres von den im Rahmen des ifo Konjunkturtests befragten Industrie- und Großhandelsunternehmen angezeigt (vgl. Abb. 5b, 6b); im Baugewerbe nahm der Saldo der Preiserwartungen und damit der Anteil der Unternehmen, die von höheren Verkaufspreisen in den kommenden drei Monaten ausgehen, bereits seit Anfang 2015 zu (vgl. Abb. 7b). Die Kreuzkorrelationsanalyse weist auf eine hohe Korrelation (mit Koeffizienten zwischen 0,7 und 0,8) und einen Vorlauf der ifo Preiserwartungen vor den Vorjahresveränderungsraten der Erzeuger-, Großhandels- und Baupreise hin (vgl. Abb. 4b, 4c, 4d). Während der Vorlauf bei den Erzeuger- und Baupreisen mehrere Monate beträgt, sind die Preiserwartungen der Großhändler eher ein koinzidenter Indikator für die tatsächliche Preisentwicklung.

Ähnlich zu den Einzelhandelspreisen lassen sich auch für die vorgelagerten Preisstufen Prognosen auf Basis der ifo Preiserwartungen generieren. Dazu wird das zuvor beschrie-

³ Für die verzögerte bzw. unvollständige Übertragung der vorgelagerten Preisstufen auf die Verbraucherpreise führt die Literatur eine Reihe von Gründen an (vgl. bspw. Clark 1995; Caporale et al. 2002). So enthält der Verbraucherpreisindex auch importierte Fertigwaren, die in die heimischen Produzentenpreise nur indirekt einfließen. Auch gelingt den Unternehmen im Einzelhandel aufgrund der Wettbewerbssituation häufig nur eine teilweise Überwälzung ihrer Kosten.

bene Modell auf die anderen Wirtschaftsbereiche übertragen.⁴ Tabelle 2 zeigt, analog zur Darstellung bei den Einzelhandelspreisen, die relative Prognosegüte des Indikatormodells.

Auch für die vorgelagerten Stufen sind die Preiserwartungen geeignete Indikatoren zur Vorhersage der jeweiligen Preisentwicklung. Die Prognosefehler des Referenzmodells können unter Hinzunahme des ifo Indikators deutlich verkleinert werden. Für den Großhandel sind die relativen Prognosefehler ohne Energie geringer als für das gesamte Preisaggregat; für das Verarbeitende Gewerbe gilt diese Aussage nicht. Der Grund hierfür liegt aber in einer allgemein höheren absoluten Treffsicherheit. Die durchschnittlichen Prognosefehler der Erzeugerpreise im Verarbeitenden Gewerbe sind nur in etwa halb so groß wie die Fehler für die Erzeugerpreise ohne Energie. Dadurch wird die relative Prognosegüte rechnerisch geringer, da der Vergleich auf einer kleineren Basis beruht. Somit gilt nur für den Großhandel die gleiche Aussage wie für den Einzelhandel: Energiepreise sind im Allgemeinen schwerer vorherzusagen als andere Preisindizes.

Entwicklung der Verbraucherpreise

Zum Abschluss kann die Frage gestellt werden, ob die ifo Preiserwartungen, trotz ihres Fokus auf die Preise der deutschen Unternehmen, als Indikator zur Vorhersage der Verbraucherpreise dienen. Dazu wird im Folgenden das zuvor beschriebene Prognoseexperiment auf die Kernrate, also den Verbraucherpreisindex ohne Energie, übertragen. Von den Energiepreisen wird abgesehen, da deren Änderung stark mit der Veränderung der Weltmarktpreise für Rohöl korreliert ist. Deshalb wird die Prognose der Energiekomponente weitgehend von der Annahme über die weitere Rohölpreisentwicklung getrieben und hat wenig mit den Preissetzungsabsichten der deutschen Unternehmen zu tun. Als Vorlaufindikator gehen in das Prognoseexperiment für die Kernrate die ifo Preiserwartungen der gewerblichen Wirtschaft ein.⁵ Tabelle 3 präsentiert die relativen Prognosefehler.

Die relativen Prognosefehler, die kleiner als 1 sind, bestätigen, dass mit den ifo Preiserwartungen der gewerblichen Wirtschaft die deutsche Kerninflationsrate besser vorher-

⁴ Für die Baupreise liegen ausschließlich Quartalsdaten vor. Daher wird in diesem Falle die maximale Anzahl der Verzögerungen auf vier Quartale beschränkt.

⁵ Unter gewerblicher Wirtschaft wird die Aggregation aus Verarbeitendem Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel verstanden. Die Preiserwartungen der Dienstleistungsunternehmen bleiben in diesem Prognoseexperiment unberücksichtigt, da die Reihe, die vom ifo Institut erst seit 2005 erhoben wird, dafür zu kurz ist.

Tab. 2
Relative Prognosegüte der ifo Preiserwartungen zur Vorhersage der Preisentwicklung vorgelagerter Preisstufen

	Theils U h = 0	Theils U h = 1	Theils U h = 2
Erzeugerpreise Verarbeitendes Gewerbe	0,9543	0,9498	0,9568
Erzeugerpreise Verarbeitendes Gewerbe (ohne Energie)	0,9561	0,9737	0,9975
Großhandelspreise	0,9825	0,9745	0,9681
Großhandelspreise (ohne Energie)	0,9180	0,9389	0,9247
Baupreise	0,9739	0,9186	0,8596

Anmerkung: Theils U entspricht dem Verhältnis aus durchschnittlichem Prognosefehler des Modells mit ifo Preiserwartungen und dem mittleren Prognosefehler des einfachen Referenzmodells. Ein Wert kleiner 1 signalisiert eine höhere durchschnittliche Treffsicherheit des Modells mit ifo Preiserwartungen. Bei den Baupreisen handelt es sich um Daten mit Quartalsfrequenz. h bezeichnet den Prognosehorizont in Monaten bzw. Quartalen.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 3
Relative Prognosegüte der ifo Preiserwartungen zur Vorhersage der Verbraucherpreise ohne Energie

	Theils U h = 0	Theils U h = 1	Theils U h = 2
Verbraucherpreisindex (ohne Energie)	0,9737	0,9675	0,9520

Anmerkung: Theils U entspricht dem Verhältnis aus durchschnittlichem Prognosefehler des Modells mit ifo Preiserwartungen und dem mittleren Prognosefehler des einfachen Referenzmodells. Ein Wert kleiner 1 signalisiert eine höhere durchschnittliche Treffsicherheit des Modells mit ifo Preiserwartungen. h bezeichnet den Prognosehorizont in Monaten.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

gesagt werden kann als mit einem einfachen Referenzmodell. Demzufolge dienen die ifo Preiserwartungen nicht nur als Vorlaufindikator für die Erzeugerpreise diverser Produktionsstufen, sondern auch als möglicher Indikator zur Vorhersage der Kerninflationsrate. Nach dem vorliegenden Prognosemodell dürfte diese in den kommenden Monaten bei 1,5% und damit über dem Durchschnitt des vergangenen Jahres liegen.

Fazit

Ein Teil des deutlichen Anstiegs der Verbraucherpreise, der seit Jahresende 2016 zu beobachten ist, ist auf einen Basiseffekt bei der Energiekomponente zurückzuführen. Deren Preis zog im Vorjahresvergleich kräftig an. Allein aus diesem Grund werden die Inflationsraten auch in den kommenden Monaten hoch bleiben, auch wenn die Energiepreise im weiteren Verlauf dieses Jahres nicht weiter steigen. Aber selbst ohne diesen rein statistischen Effekt dürften die Preise in den kommenden Monaten beschleunigt zulegen. Darauf deuten die Befragungsergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest hin, wonach immer mehr Firmen ihre Preise anheben wollen. Die vorliegende Analyse zeigt, dass zwischen den ifo Preiserwartungen und der tatsächlichen Preisentwicklung ein enger Zusammenhang besteht, der insbesondere zum Zwecke der Prognose eingesetzt werden kann. Aus diesem Grund dürfte die zuletzt gestiegene Inflation sowohl auf den Fertigungsstufen, die dem Endverbrauch vorgelagert sind, als auch auf der Verbraucherstufe in den kommenden Monaten weiterhin hoch bleiben. Die Inflation in Deutschland kommt also zurück.

Literatur

Caporale, G.M., M. Katsimi und N. Pittis (2002), »Causality links between consumer and producer prices: some empirical evidence«, *Southern Economic Journal* 68(3), 703–711.

Clark, T.E. (1995), »Do producer prices lead consumer prices?«, *Economic Review, Federal Reserve Bank of Kansas City* 80(3), 25–39.

Das statistische Amt der Europäischen Union veröffentlicht jeden Monat die Inflationsrate für das Euro-Währungsgebiet. Der vorliegende Beitrag diskutiert die aktuelle Preisentwicklung und geht dabei auch auf den Einfluss von staatlich administrierten Preisen und indirekter Besteuerung ein.

In der Europäischen Währungsunion (EWU) wird die Inflation mit dem harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU) gemessen. Der HVPI-EWU wird vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) als gewogener Durchschnitt der harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI) der Mitgliedsländer des Euroraums ermittelt. Der Konstruktion nach sind die HVPI der Mitgliedsländer Kettenindizes vom Laspeyres-Typ mit jährlich wechselnden Warenkorbgewichten. Im Vergleich zu konventionellen Festbasisindizes wie dem deutschen Verbraucherpreisindex VPI, die Preisbewegungen anhand eines für mehrere Jahre konstanten Wägungsschemas messen, können in den HVPI auch Änderungen im Konsumentenverhalten zeitnah berücksichtigt werden. Die HVPI bergen damit auch Merkmale eines »Lebenshaltungskostenindex«.¹

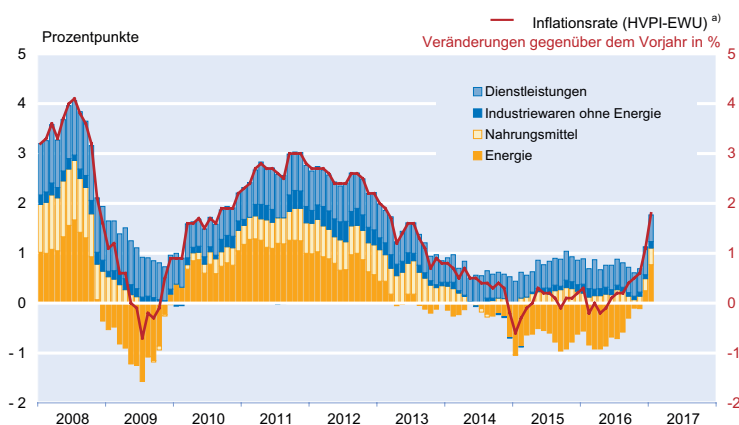
Der HVPI-EWU dient der Europäischen Zentralbank (EZB) als zentraler Indikator zur Beurteilung der Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet. Dieses Ziel wird vom EZB-Rat dahingehend operationalisiert, auf mittlere Sicht Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen (vgl. Europäische Zentralbank 2013). Seit nahezu vier Jahren wird dieses Preisziel jedoch deutlich unterschritten. Im zweiten Quartal 2013 lag die Inflationsrate (Veränderung

des HVPI-EWU gegenüber der vergleichbaren Vorjahresperiode) erstmals mit 1,4% deutlich unter dem EZB-Zielwert, der in den Jahren 2011 und 2012 mit Jahresdurchschnittsraten von 2,7% und 2,5% noch spürbar überschritten worden war. Im Jahr 2014 setzte sich der ausgeprägte Rückgang der Inflationsraten (Disinflation) fort, was zum Großteil auf die aus Verbrauchersicht günstige Preisentwicklung bei Energieträgern und – witterungsbedingt – bei Nahrungsmitteln zurückzuführen war. Im Winterhalbjahr 2014/15 wurde das Verbraucherpreisniveau des Vorjahres sogar mehrere Monate lang unterschritten. Negative Inflationsraten in der EWU hatte es zuletzt im Jahr der Weltrezession 2009 gegeben. In der zweiten Jahreshälfte 2015 gaben die Energiepreise erneut stark nach; im Jahresdurchschnitt stagnierte das Preisniveau auf dem Niveau von 2014. In der ersten Jahreshälfte 2016 kam es aufgrund von Basiseffekten nochmals in mehreren Monaten zu geringfügig negativen Inflationsraten, danach erhöhten sich die Raten wieder, zuletzt sogar beschleunigt, wozu allerdings auch Basiseffekte aus dem Vorjahr beigetragen haben. Im Durchschnitt des Jahres 2016 erhöhten sich die Verbraucherpreise kaum. Im Januar 2017 lag die Inflationsrate im Euroraum mit 1,8% dann erstmals wieder knapp unter der Zielmarke der EZB (vgl. Abb. 1).

¹ Ein Lebenshaltungskostenindex (»ökonomischer Preisindex«) vergleicht kostenminimale Ausgaben, die zur Erzielung eines bestimmten Lebensstandards (Nutzen) bei alternativen Preissituationen erforderlich sind. Beim ökonomischen Preisindex wird nicht ein Warenkorb zwischen Basis- und Berichtsperiode konstant gehalten, sondern das Nutzenniveau (»Lebensstandard«). Gemessen wird somit ein Ausgabenverhältnis, das nicht nur durch die Veränderung von Preisen, sondern auch durch die Substitution von teurer gewordenen Gütern durch billiger gewordene Produkte bestimmt wird. Es lässt sich zeigen, dass ein Preisindex vom Laspeyres-Typ die obere Schranke eines ökonomischen Preisindex darstellt. Die Differenz zwischen einem Laspeyres-Preisindex und einem ökonomischen Preisindex, der Substitutionsvorgängen Rechnung trägt, wird als »substitution bias« bezeichnet (vgl. Hill 1999).

Aber auch ohne die recht volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise gerechnet ist die Inflation im Euroraum in den vergangenen vier Jahren niedrig gewesen, wozu primär die negative Output-Lücke in der EWU beigetragen haben dürfte (vgl. Hristov 2016). Im ersten Halbjahr 2015 erreichte die Inflationsrate für Industriewaren (ohne Energie) und Dienstleistungen (Kernrate) mit 0,7% ihren bisherigen Tiefststand, wozu auch indirekte Effekte beitrugen, die sich aus dem Durchwirken niedrigerer Heizöl- und Kraftstoffpreise in den vorgelagerten Stu-

Abb. 1
Beiträge der Gütergruppen zur Inflationsrate (HVPI-EWU)

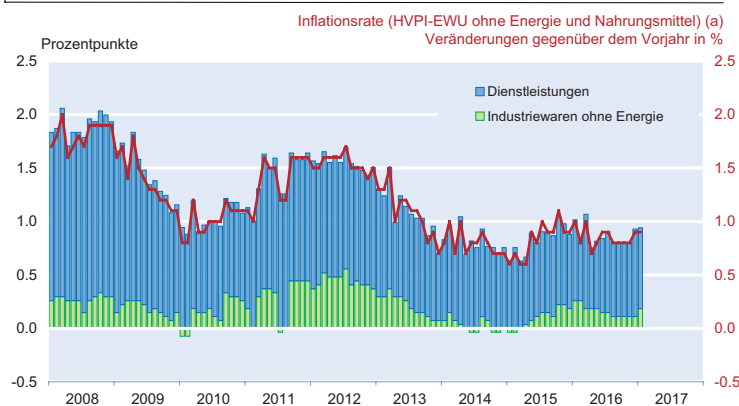


^{a)} Angaben für wechselnden Währungsraum.

Quelle: Eurostat; EZB.

fen ergeben haben. Im zweiten Halbjahr 2015 stieg die Inflationsrate dann wieder auf 0,9%, diese Rate hat sich auch für den Jahresdurchschnitt 2016 ergeben. Allerdings verläuft der Preisauftrieb nicht für alle Gütergruppen synchron: Während der zwischenzeitlich zu beobachtende Aufwärtssdruck bei Preisen für Industriewaren (ohne Energie), der die vorausgegangene Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar reflektierte, ab dem Frühjahr 2016 wieder nachließ, bewegte sich die Inflationsrate bei den größtenteils nicht handelbaren Dienstleistungen im vergangenen Jahr in einer Spanne von 1,4% und 0,9% (vgl. Abb. 2). Im Jahresdurchschnitt 2016 verteuerten sich Dienstleistungen um 1,1% und Industriewaren (ohne Energie) um 0,4% und damit in nahezu unverändertem Tempo wie zuvor. Auch nach Mitgliedsländern differenziert gab es im vergangenen Jahr noch beträchtliche Unterschiede: So übertraf das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2016 den Vorjahresstand in Belgien um 1,8% und in Österreich um 1,0%, in Deutschland und Frankreich jedoch nur um 0,4% bzw.

Abb. 2
Beiträge der Gütergruppen zur Inflationsrate (HVPI-EWU ohne Energie und Nahrungsmittel)



(a) Angaben für wechselnden Währungsraum.

Quelle: Eurostat; EZB; Berechnungen des ifo Instituts.

0,3%. In Italien sank das Preisniveau im vergangenen Jahr um 0,1% und in Spanien sogar um 0,3%.

Zur Analyse der speziellen Effekte von Preisänderungen bei Gütern mit staatlich administrierten Preisen auf das Verbraucherpreisniveau im Euroraum bedarf es einer gesonderten Querschnittsbetrachtung. Eurostat veröffentlicht hierzu einen speziellen Preisindex, den HVPI-EWU-AP (AP = »administered prices«). Dieser erfasst die Preisentwicklung von Sachgütern und Dienstleistungen, deren Preise entweder direkt (»directly«) oder überwiegend (»to a significant extent«) vom Staat bzw. von staatlichen Regulierungsbehörden beeinflusst werden (z.B. Entgelte für den Besuch von Schulen oder Universitäten, Tarife für den öffentlichen Nahverkehr, Gebühren für die Müll- oder Trinkwasserentsorgung, Passgebühren u.ä.). Die Untergruppe der überwiegend administrierten Preise bezieht sich auf diejenigen Güter, deren Preise nur nach Zustimmung einer Regulierungsbehörde geändert werden dürfen. Neue Regulierungs- bzw. Deregulierungsmaßnahmen in den Mitgliedsländern werden von Eurostat jeweils zum Jahreswechsel berücksichtigt.

Tabelle 1 zeigt, dass es auch im Güter- und Dienstleistungssegment mit administrierten Preisen seit dem Jahr 2013 zu ausgeprägt disinflationären Tendenzen gekommen ist. Zwar verteuerten sich die Güter mit administrierten Preisen bis zum ersten Halbjahr 2016 stärker als die Güter mit flexiblen Preisen. So belief sich vom ersten Halbjahr 2011 bis zum ersten Halbjahr 2016 die Inflationsrate bei Gütern mit administrierten Preisen auf 2,3% p.a., bei den Gütern mit nichtadministrierten Preisen war die Rate mit 1,1% p.a. deutlich niedriger. Die Preissteigerungsraten sind aber nahezu kontinuierlich kleiner geworden. So verteuerten sich Güter mit administrierten Preisen im zweiten Halbjahr 2016 nur noch

um 0,3%. Lediglich knapp ein Zehntel der gesamten Inflationsrate in der EWU konnte zuletzt durch administrierte Preisanhebungen erklärt werden. Auf die Verteuerung von Gütern und Dienstleistungen mit flexiblen Preisen entfielen die restlichen 91%.²

Unberücksichtigt bleibt beim Index der administrierten Preise der Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Teuerung. Eurostat veröffentlicht hierzu monatlich einen speziel-

² Der Beitrag der administrierten Preise zur Gesamtrate des HVPI-EWU in Prozentpunkten wird hier approximativ aus dem Produkt »Produktgewicht der administrierten Preise × Inflationsrate AP« berechnet. Der Inflationsbeitrag ist folglich umso höher, je größer das jeweilige Produktgewicht ist und je stärker die administrierten Preise angehoben werden (vgl. Nierhaus 2006).

Tab. 1
Zur Entwicklung der administrierten Preise in der Europäischen Währungsunion
Preisveränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2010		2011		2012		2013		2014		2015		2016	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
Administrierte Preise (HVPI-EWU-AP)	1,1	2,3	3,5	3,6	3,5	4,1	2,7	1,6	2,2	1,7	1,1	0,8	0,2	0,3
Direkt administrierte Preise	2,0	3,8	5,3	4,7	3,4	5,6	4,8	2,6	3,7	2,5	1,7	1,6	1,2	1,2
Überwiegend administrierte Preise	0,6	1,5	2,5	2,9	3,6	3,2	1,5	1,0	1,3	1,2	0,9	0,5	-0,1	0,0
Nicht administrierte Preise	1,4	1,8	2,5	2,7	2,4	2,2	1,5	1,0	0,4	0,1	-0,2	0,0	-0,1	0,5
Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU)	1,4	1,9	2,6	2,8	2,6	2,4	1,6	1,1	0,6	0,3	-0,1	0,1	0,0	0,5

	2010		2011		2012		2013		2014		2015		2016	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
Administrierte Preise (HVPI-EWU-AP)	0,13	0,27	0,42	0,42	0,43	0,50	0,34	0,20	0,28	0,22	0,15	0,10	0,03	0,04
Direkt administrierte Preise	0,08	0,16	0,23	0,20	0,15	0,25	0,22	0,12	0,18	0,12	0,06	0,06	0,04	0,04
Überwiegend administrierte Preise	0,04	0,11	0,19	0,22	0,28	0,25	0,12	0,08	0,11	0,10	0,09	0,05	-0,01	0,00
Nicht administrierte Preise	1,24	1,60	2,19	2,39	2,14	1,92	1,29	0,88	0,33	0,05	-0,21	0,03	-0,05	0,46
Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU)	1,4	1,9	2,6	2,8	2,6	2,4	1,6	1,1	0,6	0,3	-0,1	0,1	0,0	0,5

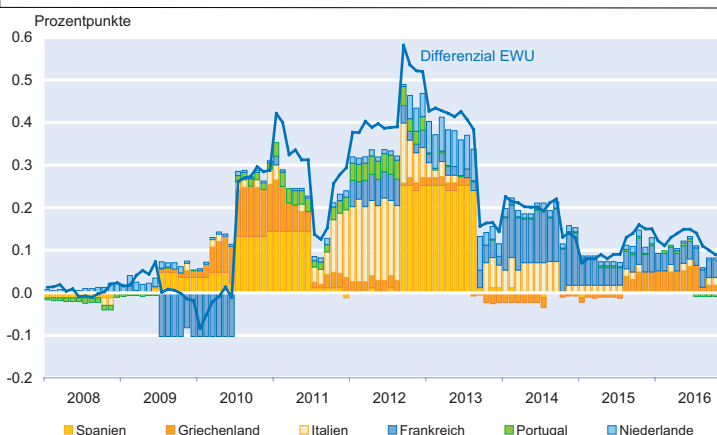
Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

len harmonisierten Preisindex zu konstanten Steuersätzen (hier: HVPI-EWU-CT; CT = »constant taxes«), bei dem der Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Verbraucherpreisentwicklung ausgeschaltet ist. Zu den im Index erfassten indirekten Steuern zählen die Mehrwertsteuer sowie die Verbrauchsteuern auf alkoholische Getränke, Tabakwaren und Energie. Hinzu kommen Steuern auf bestimmte Produkte wie Pkw, Versicherungen und Unterhaltung. Durch den Vergleich des HVPI-EWU-CT mit dem Gesamtindex HVPI-EWU (Inflationsdifferenzial) können die Auswirkungen der indirekten Besteuerung auf das Verbraucherpreisniveau abgeschätzt werden. Dabei wird angenommen, dass Änderungen der indirekten Steuern umgehend und vollständig auf die Verbraucherpreise wirken (vgl. Europäische Kommission und Eurostat 2009).

Abbildung 3 zeigt ausgewählte länderspezifische Beiträge zum Inflationsdifferenzial im Euro-Währungsgebiet. Von Mitte 2010 bis Mitte 2013 war das Inflationsdifferenzial mit durchschnittlich 0,36 Prozentpunkten recht groß, was im Zusammenhang mit wiederholten Anhebungen der Mehrwertsteuer in mehreren EWU-Mitgliedsländern zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gestanden ist.³ Seither hat sich das Inflationsdifferenzial aber wieder deutlich zurückgebildet; die Mehrwertsteuererhöhungen waren in die

statistische Basis eingegangen. Zudem wurde in Griechenland im Herbst 2013 der Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gastgewerbe von 23% auf 13% gesenkt, um die Wettbewerbsfähigkeit im Tourismus zu erhöhen (vgl. Bank of Greece 2013, S. 50). In den ersten drei Quartalen 2014 fiel das Inflationsdifferenzial auf 0,2 Prozentpunkte, danach verharnte es ein volles Jahr bei rund 0,1 Prozentpunkten. Erst in der zweiten Jahreshälfte 2015 hat sich das Inflationsdifferenzial wieder etwas geöffnet, wozu die Heraufsetzung des Mehrwertsteuersatzes in Griechenland von 13% auf 23% für Nahrungsmittel, Bekleidung und Schuhe, Restaurants und Hotellerie, haushaltsnahe Dienstleistungen usw. im Vorfeld der Verabschiedung des dritten Rettungspakets

Abb. 3
Beiträge ausgewählter Länder zum Differenzial zwischen dem HVPI-EWU und dem HVPI-EWU-CT



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

³ Zu den einzelnen Maßnahmen vgl. Nierhaus (2016, S. 30 f.).

beitragen hat. Seit dem Wegfall dieses Basiseffekts liegt das Inflationsdifferenzial in der EWU wieder knapp unter 0,1 Prozentpunkten. Aufwärtsgerichtet wirken derzeit etwa die Erhöhung des ermäßigten Satzes auf Hotelübernachtungen in Österreich im Mai 2016 von 10% auf 13%, die zum 1. Juni 2016 erfolgte Heraufsetzung des Mehrwertsteuersatzes in Griechenland auf nunmehr 24% und die steuerbedingte Verteuerung von Zigaretten in Frankreich im Januar 2017 (vgl. Europäische Kommission 2016). Eine nach dem italienischen Stabilitätsgesetz mögliche Anhebung der Mehrwertsteuer ab Januar 2017 von 22% auf 24% beim Normalsatz und 10% auf 13% beim reduzierten Satz, die das Inflationsdifferenzial wieder über die 0,1-Prozentmarke getrieben hätte, ist allerdings unterblieben.

Ausblick

Maßgeblich für die in den vergangenen Jahren zu beobachtende disinflationäre Entwicklung in der EWU waren eine negative Output-Lücke und ein Rückgang der Rohölnotierungen, der sich gleichgerichtet auf die Preise der Energiekomponente des HVPI-EWU ausgewirkt hat. Zudem ist der Preisdruck, der ehemals von administrierten Preisanhebungen in der EWU ausging, inzwischen stark gesunken. Schließlich hat auch der aufwärtsgerichtete Einfluss von indirekten Steuern auf das Verbraucherpreisniveau deutlich nachgelassen, dies nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil viele Länder aufgrund der Niedrigzinsen bei der Refinanzierung fällig werdender öffentlicher Anleihen erhebliche Entlastungen beim Schuldendienst erzielen konnten.

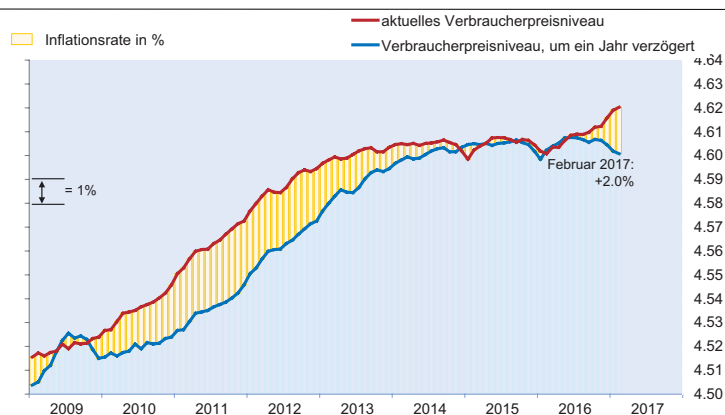
Im Januar 2017 lag die Inflationsrate im Euroraum, gemessen am HVPI-EWU, mit 1,8% erstmals wieder knapp unter der Zielmarke der EZB. Hierzu trug primär die Energiekomponente des Index bei, die sich im Gefolge der gestiegenen Rohölpreise und der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar mit 8,1% gegenüber dem Vorjahr sehr kräftig er-

höht hat. Zudem sind die Preise für Industriewaren (ohne Energie) und für verarbeitete Nahrungsmittel spürbar gestiegen, die Preise für unverarbeitete Lebensmittel sogar um 3,5%. Die Entgelte für Dienstleistungen übertrafen das Vorjahresniveau um 1,2%. Zur hohen Inflationsrate im Januar trugen schließlich auch Basiseffekte bei – zur Jahreswende 2015/16 war das Verbraucherpreisniveau im Gefolge des damaligen Einbruchs der Ölpreise saisonbereinigt deutlich gesunken (vgl. Abb. 4). Im Februar 2017 erreichte die Inflationsrate sogar die 2-Prozentmarke, hierzu trug auch bei, dass sich unverarbeitete Nahrungsmittel aufgrund des außerordentlich kalten Winterwetters in Südeuropa weiterhin kräftig verteuert haben.

Im weiteren Jahresverlauf entfallen dann allerdings die Basiseffekte, die der kräftigen Erhöhung der Inflationsrate in den vergangenen Monaten mit zugrunde lagen. Auch von den Rohölnotierungen dürften aus heutiger Sicht keine größeren preistreibenden Effekte mehr ausgehen. Zwar hatte sich die OPEC im Herbst 2016 wieder auf eine Kürzung der Ölfördermengen geeinigt. Vom Januar dieses Jahres an ist die tägliche Fördermenge des Kartells für (zunächst) sechs Monate um 1,2 Mio. Barrel auf 32,5 Mio. Barrel reduziert. Parallel dazu haben auch Nichtmitglieder der OPEC wie Russland ihre Förderung zurückgefahren. Die Förderkürzungen sind aber in den bereits vor der Jahreswende deutlich gestiegenen Ölnotierungen vorweggenommen worden. Zudem ist die Drosselung der Fördermengen nach Schätzungen der OPEC nicht vollumfänglich umgesetzt worden. Schließlich machen höhere Ölpreise alternative Fördertechniken rentabel (Fracking), was das Ölangebot steigen lässt.

Für die Kernrate freilich werden die zwischenzeitlich gestiegene Kapazitätsauslastung und der Wertverlust des Euro Aufwärtstendenzen mit sich bringen. Umfragen der EU-Kommission zufolge sind die Preiserwartungen der Industrieunternehmen im Euroraum erstmals seit langem wieder deutlich nach oben gerichtet.⁴ Der erhöhte Kostendruck auf den vorgelagerten Stufen dürfte von den Unternehmen nach und nach in den Verbraucherpreisen weitergegeben werden. Für entgegengesetzt wirkende preisdämpfende Zweirundeneffekte als Reaktion auf die vorangegangene lange Disinflationphase gibt es zudem keine empirische Evidenz. Dem Survey of Professional Forecasters (SPF) der EZB zufolge liegt die erwartete fünfjährige Termin-Inflationsrate im Euroraum, die im Verlauf der Jahre 2013 und 2014 leicht gesunken war, weiterhin bei 1,8% (vgl. Europäische Zentralbank 2017a; 2017b).

Abb. 4
Entwicklung von Verbraucherpreisniveau^{a)} und Inflationsrate^{b)} im Euroraum

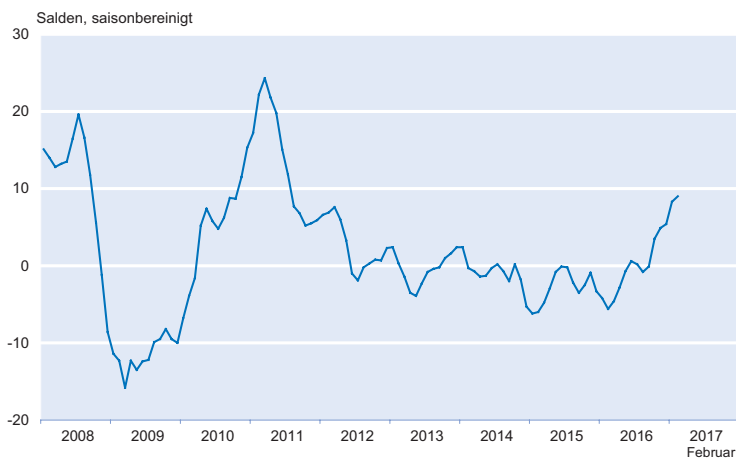


^{a)} HVPI-EWU (2005 = 100), saisonbereinigt und logarithmiert, Angaben für wechselnden Währungsraum.

^{b)} Inflationsrate (= approximativ: Vorjahresabstand der Verbraucherpreisniveaus in %).

Quelle: Eurostat; EZB; Berechnungen des ifo Instituts.

⁴ Zur Preisprognose mit Erwartungsdaten aus Unternehmensbefragungen vgl. Lehmann und Wollmershäuser (2017).

Abb. 5**Preiserwartungen der Industrie im Euroraum**

Von der Erhöhung indirekter Steuern dürften im Jahr 2017 wie schon zuvor geringe Beiträge auf die Inflation im Euroraum ausgehen. Die Steueranhebungen des vergangenen Jahres gehen zudem sukzessive in die statistische Basis ein, womit sie aus der Vorjahresteuerrate herausfallen. Von der Entwicklung der administrierten Preise wird voraussichtlich ebenfalls kein gravierender Aufwärtsdruck ausgehen, allerdings werden die gestiegenen Energiepreise nach und nach zu höheren Beförderungsentgelten im öffentlichen Personennahverkehr führen.

Für die Abschätzung der jahresdurchschnittlichen Inflationsrate ist schließlich zu berücksichtigen, dass die Prognose 2017 bereits durch einen beträchtlichen, aus dem Vorjahr herrührenden Preisüberhang in Höhe von 0,8% belastet ist.⁵ Unter der Annahme eines weitgehend unveränderten Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar könnte sich die Inflationsrate im Euroraum im Verlauf des Jahres 2017 auf 1½% belaufen, im Jahresdurchschnitt auf 1¾%.

Literatur

Bank of Greece (2013), *Monetary Policy*, Interim Report, Dezember, Athen.

Europäische Kommission (2016), *VAT Rates Applied in the Member States of the European Union, Situation at 1st August 2016*, verfügbar unter: http://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/resources/documents/taxation/vat/how_vat_works/rates/vat_rates_en.pdf.

Europäische Kommission und Eurostat (2009), *HICP-CT Manual*, Oktober, verfügbar unter: http://ec.europa.eu/eurostat/ramon/statmanuals/files/hicp-ct_manual_EN.pdf.

Europäische Zentralbank (2013) »Editorial«, *Monatsbericht*, Juli, 5–10.

⁵ Saison- und kalenderbereinigter Wert des HVPI-EWU im Dezember des Vorjahres in Relation zum Durchschnittswert des Vorjahres. Der Preisüberhang gibt an, auf wie viel Prozent sich die jahresdurchschnittliche Inflation im laufenden Jahr stellen würde, wenn das Verbraucherpreisniveau saisonbereinigt auf dem Dezemberwert des Vorjahres stagnieren würde.

Europäische Zentralbank (2017a), *Economic Bulletin* (1), 38, verfügbar unter: <http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/ecbu/eb201701.en.pdf>.

Europäische Zentralbank (2017b), *The ECB Survey of Professional Forecasters*, Januar, 8, verfügbar unter: http://www.ecb.europa.eu/stats/prices/indic/forecast/shared/files/reports/spfreport2017_Q1.en.pdf?00bc8eef81aba4266fcede27ec87d64b.

Hill, P. (1999), »Inflation, the Cost of Living and the Domain of a Consumer Price Index«, Joint ECE/ILO Meeting on Consumer Price Indices, Genf, verfügbar unter: <http://www.unece.org/stats/documents/ces/ac.49/1999/6.e.pdf>.

Hristov, A. (2016), »The Natural Interest Rate in the Eurozone – A DSGE Perspective«, *CESifo Forum* 17(1), 86–91.

Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2017), »Die Inflation kommt. Immer mehr Firmen in Deutschland wollen ihre Preise anheben«, *ifo Schnelldienst* 70(5), 16–21.

Nierhaus, W. (2006), »Harmonisierte Verbraucherpreisindizes – Zur Inflationsmessung in Europa«, *ifo Schnelldienst* 59(6), 11–16.

Nierhaus, W. (2016), »Der Einfluss von administrierten Preisen und indirekten Steuern auf die aktuelle Inflation im Euroraum: Aktuelle Ergebnisse«, *ifo Schnelldienst* 69(5), 28–32.

Das ifo Institut befragt im Auftrag vom Personaldienstleister Randstad vierteljährlich Personalleiter in mehr als 1 000 Unternehmen nach der Bedeutung von verschiedenen Flexibilisierungsinstrumenten. Zudem werden in jedem Quartal Sonderfragen zu aktuellen personalpolitischen Themen gestellt. Im vierten Quartal 2016 wurden die Personalleiter zu dem Thema »Rente ab 63« befragt.

Mit dem Rentenpaket von 2014 traten Regelungen in Kraft, die einen vorzeitigen abschlagsfreien Renteneintritt schon mit 63 Jahren ermöglichen; zuvor war das erst ab dem 65. Lebensjahr oder später möglich. Seit dem 1. Juli 2014 können also langjährige Versicherte, die 63 Jahre oder älter sind, abschlagsfrei in Altersrente gehen, wenn sie mindestens 45 Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert waren oder bei ihnen Ausnahmeregelungen greifen. Bereits im Herbst 2014, also kurz nachdem die Regelungen in Kraft traten, berichtete die Presse darüber, dass deutlich mehr Anträge gestellt wurden, als man zunächst angenommen hatte. Bis Ende März 2015 wurden 280 000 Anträge für besonders langjährige Versicherte gestellt (vgl. Deutsche Rentenversicherung 2015). Kritiker am verfrühten Rentenbeginn sehen darin eine Verschärfung des Fachkräftemangels, da so wichtige Fachkräfte dem Arbeitsmarkt vorzeitig entzogen würden. Anders als Personen mit Hochschulabschluss, deren Beitragsjahre aufgrund der Studienzeit in der Regel nicht ausreichen, erfüllen Fachkräfte die Anforderungen der langjährigen Versicherung. Befürworter der Rente ab 63 betonen den Aspekt der Fairness bei langjährig Versicherten, insbesondere in körperlich belastenden Berufen.

Im Rahmen der Randstad-ifo-Personalleiterbefragung¹ im vierten Quartal 2016 wurde untersucht, in wie vielen Unternehmen bereits Mitarbeiter über die Rente ab 63 vorzeitig in den Ruhestand gegangen sind, auf welchen Positionen diese Mitarbeiter beschäftigt waren und ob Unternehmen generell Schwierigkeiten haben, ihre offenen Stellen zu besetzen.

Erwartungen der Unternehmen eingetroffen

Bereits im Frühjahr 2014, also noch vor Inkrafttreten des Rentenpakets, wurden die Personalleiter zu ihren Erwartungen an die neuen Regelungen befragt. Es zeigte sich, dass die Erwartungen der Unternehmen eintrafen. 2014 gingen mehr als die Hälfte (55%) der Personalleiter davon aus, dass ihre Mitarbeiter in den nächsten zwei Jahren die neuen Regelungen zum vorzeitigen Renteneintritt nutzen werden (vgl. Jacob-Puchalska 2014). 42% dieser Unternehmen erwarteten Personalengpässe, da die Arbeitsstellen der Mitarbeiter, die ihr Unternehmen vorzeitig verlassen würden, nicht ohne Schwierigkeiten besetzt werden könnten. Um diese Ergebnisse aufzugreifen und zu überprüfen, wie viele Unternehmen heute betroffen sind, wurden die Personalleiter im vierten Quartal 2016 nochmals zum Thema Rente ab 63 befragt.

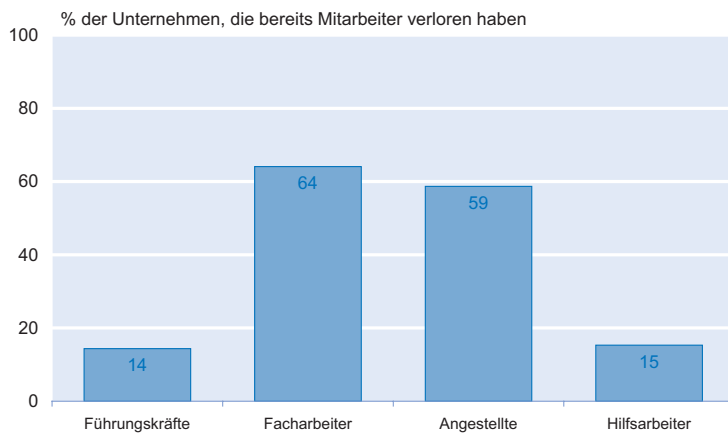
Jedes zweite Unternehmen bereits betroffen

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung bestätigen die Erwartungen der Unternehmen an die Auswirkungen der neuen Regelungen, die sie vor mehr als zwei Jahren geäußert hatten. 52% der Unternehmen gaben an, dass bei ihnen bereits Mitarbeiter diese Regelung nutzen und mit 63 Jahren vorzeitig in den Ruhestand gegangen sind. Im Verarbeitenden Gewerbe (62%) sind mehr Unternehmen betroffen als im Handel (53%) und im Dienstleistungsbereich (44%). Weitere 12% aller Unternehmen gaben an, dass zwar bisher keine Mitarbeiter mit der Rente ab 63 vorzeitig in Rente gegangen sind, sie allerdings in den nächsten zwei Jahren damit rechnen.

In den meisten Unternehmen, in denen Mitarbeiter die Rentenregelung nutzten

¹ Weitere Informationen unter www.ifo.de/Personalleiterbefragung.

Abb. 1
Positionen der Mitarbeiter, die die Rente ab 63 nutzten



Quelle: Randstad-ifo-Personalleiterbefragung.

und das Unternehmen bereits verlassen haben, sind bislang vornehmlich Facharbeiter (64%) vorzeitig in den Ruhestand getreten. Ebenfalls mehr als die Hälfte der Personalleiter gaben an, dass Angestellte (59%) unter den Mitarbeitern waren, die das Unternehmen vorzeitig verlassen haben. Hilfsarbeiter (15%) und Führungskräfte (14%) sind in etwa jedem siebten Unternehmen vorzeitig gegangen.

Die meisten Stellen werden wiederbesetzt

In der Gruppe der Unternehmen, in denen Mitarbeiter bereits über die Rente ab 63 in den Ruhestand gegangen sind, gab fast jeder Personalleiter (97%) an, dass diese Stellen generell wiederbesetzt werden. Davon meinten 44%, dass alle Stellen wiederbesetzt werden, ebenfalls 44% der Unternehmen besetzen nicht alle, aber die meisten Stellen wieder. Nur 12% wollten wenige dieser frei gewordenen Stellen wiederbesetzen; im Verarbeitenden Gewerbe fällt der Anteil deutlich höher aus (17%) als im Handel (9%) oder dem Dienstleistungsbereich (7%). Zudem gaben 71% der Unternehmen an, die frei gewordenen Stellen mit unverändertem Tätigkeitsprofil wiederzubesetzen. Nur 21% der Unternehmen änderten das Tätigkeitsprofil bei der Ausschreibung der Stelle; 8% machten keine Angabe.

In zwei von drei Unternehmen Besetzungsprobleme

Die Personalleiter äußerten in der vorangegangenen Befragung zur Rente ab 63 die Sorge, dass durch diese Regelung Personalengpässe entstehen könnten. Daher sollten sich die Unternehmen in der aktuellen Befragung dazu äußern, ob sie generell Schwierigkeiten haben, offene Stellen zu besetzen.

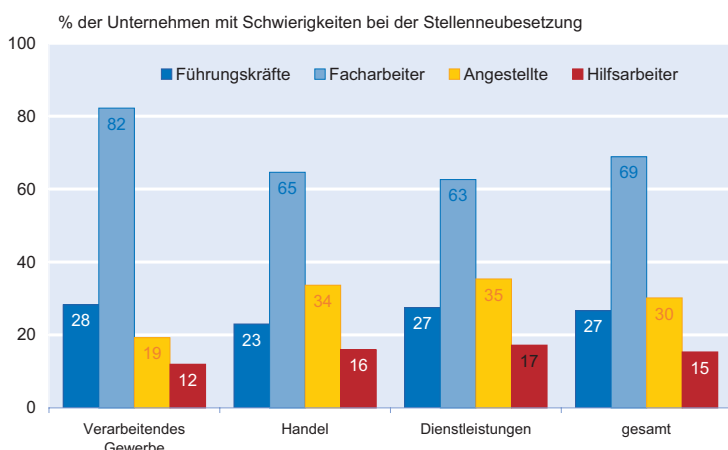
Die Ergebnisse der aktuellen Umfrage zeigen, dass die Besetzung von freien Stellen häufig mit Problemen verbunden ist. Knapp zwei von drei Unternehmen (65%) berichten von Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen. Im Dienstleistungsbereich (73%) liegt der Anteil etwas über dem Durchschnitt, im Verarbeitenden Gewerbe etwas darunter (58%). Kleine Unternehmen (mit bis zu 250 Beschäftigten: 67%) haben eher Schwierigkeiten als große Unternehmen (mehr als 250 Beschäftigte: 60%). Am häufigsten berichteten die Personalleiter von Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Facharbeitern (69% der Unternehmen, die Schwierigkeiten haben). Im Handel und im Dienstleistungsbereich sahen knapp zwei Drittel der

Personalleiter Schwierigkeiten bei der Besetzung der Stellen für Facharbeiter, im Verarbeitenden Gewerbe gaben dies mit 82% deutlich mehr Personalleiter an. Bei der Besetzung von Stellen für Angestellte haben 30% der Unternehmen Schwierigkeiten. Offene Posten für Führungskräfte hielten 27% für besonders schwierig; unter großen Unternehmen berichteten deutlich mehr Personalleiter von Schwierigkeiten als in kleinen Unternehmen. Im Hinblick auf die Besetzung von Hilfsarbeiterstellen haben vergleichsweise wenige Unternehmen (15%) Schwierigkeiten.

Maßnahmen zur Bindung älterer Mitarbeiter in 43% der Unternehmen

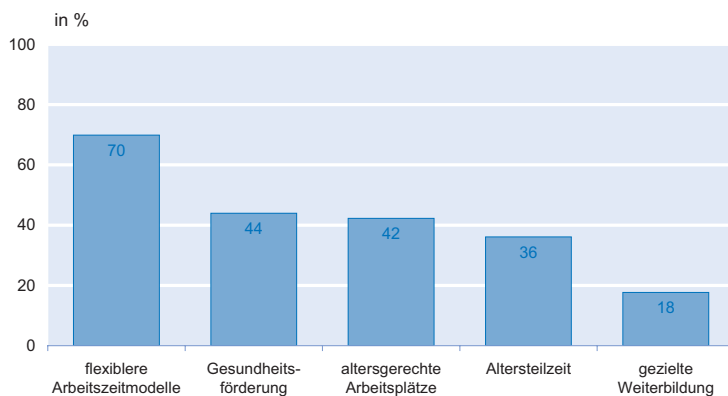
Angesichts der häufig geäußerten Schwierigkeiten bei der Neubesetzung von Stellen, stellt sich die Frage, ob die Unternehmen Maßnahmen ergreifen, um ihre Mitarbeiter länger im eigenen Unternehmen zu halten. In fast jedem Unternehmen werden Mitarbeiter beschäftigt, die in den nächsten

Abb. 2
Schwierigkeiten bei der Stellenneubesetzung



Quelle: Randstad-ifo-Personalleiterbefragung.

Abb. 3
Maßnahmen, um ältere Mitarbeiter länger im Unternehmen^{a)} zu halten



^{a)} Unternehmen, die generell Maßnahmen ergreifen.

Quelle: Randstad-ifo-Personalleiterbefragung.

Jahren in den Ruhestand gehen könnten. So gaben 94% der Personalleiter an, aktuell Mitarbeiter zu beschäftigen, die mindestens 55 Jahre alt sind. Allerdings zeigen die Ergebnisse der Befragung, dass nur 43% der Personalleiter Maßnahmen ergreifen, um ältere Mitarbeiter länger zu binden und im Unternehmen zu halten. Unter diesen Unternehmen wurden flexible Arbeitszeitmodelle (70%) als Maßnahme am häufigsten genannt, gefolgt von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung (44%), altersgerechten Arbeitsplätzen (42%), Altersteilzeit (36%) sowie gezielter Weiterbildung für ältere Mitarbeiter (18%).

Die Ergebnisse der Befragung zeigen aber auch, dass ein Großteil der Unternehmen (63%) Mitarbeiter beschäftigt, die bereits Rente beziehen. Die meisten dieser Unternehmen beschäftigen Rentner über Minijobs (73%), weniger häufig als Teilzeitkraft (29%), als freie Mitarbeiter (8%) oder anderweitig (8%, darunter beispielsweise Vollzeitkräfte). Betrachtet man nur die Unternehmen mit einem dringenden Personalbedarf – also alle Unternehmen, die sämtliche Stellen wiederbesetzen wollen, die aufgrund der Regelungen zur Rente ab 63 vorzeitig frei geworden sind – so zeigen die Ergebnisse, dass diese häufiger als im Durchschnitt angeben, Schwierigkeiten bei der Besetzung von freien Stellen zu haben (73%), häufiger Maßnahmen für ältere Mitarbeiter ergreifen (56%) und auch häufiger Rentner beschäftigen (75%). In dieser Gruppe von Unternehmen, die alle Stellen wiederbesetzen, sind eher kleinere Unternehmen vertreten und eher Unternehmen aus dem Handel und dem Dienstleistungsbereich.

Erwartungen bezüglich Flexirente

Die Personalleiter wurden zudem zur neuen Flexirente befragt: 44% aller befragten Unternehmen erwarten, dass ihre Mitarbeiter von den Regelungen zur Flexirente Gebrauch machen werden. Das Flexirenten-Gesetz wurde im Herbst

2016 mit dem Ziel, den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand flexibler zu gestalten, beschlossen. Gleichzeitig soll es die Attraktivität erhöhen, eine Beschäftigung während der Rente auszuüben. Im Verarbeitenden Gewerbe (48%) erwarten die Unternehmen häufiger als im Dienstleistungsbereich (42%) oder Handel (41%), dass ihre Mitarbeiter die Regelungen zur Flexirente nutzen werden. In großen Unternehmen (mit mehr als 500 Beschäftigten) erwarten 63% der Personalleiter, dass Mitarbeiter die Flexirente nutzen; mit abnehmender Beschäftigtenzahl sinkt auch der Anteil der Unternehmen, die davon ausgehen, dass die Flexirente von den eigenen Mitarbeitern genutzt werden wird (weniger als 50 Beschäftigte: 38%). Von den Unternehmen, die erwarten, dass ihre Mitarbeiter die Flexirente nutzen werden, glauben 57%, dass ihre Mitarbeiter so länger im Unternehmen beschäftigt werden können. Im Dienstleistungsbereich (62%) und im Handel (58%) liegen die Anteile über denen im Verarbeitenden Gewerbe (50%).

Literatur

Deutsche Rentenversicherung (2015), »Rente mit 63«, *Summa Summarum* (3), 4–8.

Jacob-Puchalska, A. (2014), »ifo Personalleiterbefragung: Sonderfrage zur Rente mit 63«, *ifo Schnelldienst* 67(17), 57–58.

Das ifo Institut hat in Kooperation mit der Messe Frankfurt den »Messe Index« für Konsum- und Investitionsgütermessen in Deutschland entwickelt. Der »Messe Index« basiert auf den Daten des ifo Konjunkturtests und legt für Unternehmen, die ihre Produkte auf internationalen Konsum- und Investitionsgütermessen in Deutschland ausstellen können, die wirtschaftliche Verfassung offen. Dabei kann auch zwischen Unternehmen mit und ohne Messebeteiligung unterschieden werden. Die Differenzierung des »Messe Index« nach Unternehmen mit und ohne Messebeteiligung erfolgt mittels einer Sonderfrage im Berichtskreis des ifo Konjunkturtests. Hierbei werden alle Unternehmen danach befragt, ob sie sich im betreffenden Jahr an internationalen Fachmessen in Deutschland beteiligt haben.

Der »Messe Index« basiert auf den Daten des ifo Konjunkturtests

Das ifo Institut berechnet monatlich aus rund 7 000 Meldungen von deutschen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft (Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Großhandel, Einzelhandel) den Geschäftsklimaindex sowie zahlreiche Branchen- und Wirtschaftsaggregate. Hierbei werden die individuellen Angaben der Firmen mittels eines Gewichtungsverfahrens über die Produkt- und Branchenebene bis zu den Wirtschaftsbereichen und der gewerblichen Wirtschaft insgesamt zusammengefasst.

Für den »Messe Index« werden die produktspezifischen Einzelmeldungen des ifo Konjunkturtests dem Produktportfolio von internationalen Investitions- bzw. Konsumgütermessen in Deutschland zugeordnet. Der »Messe Index« bezieht sich also auf Produkte, die auf Investitions- bzw. Konsumgütermessen präsentiert werden können.¹ Da sich das jeweilige Messe-Produktspektrum nicht an der statistischen Abgrenzung von Investitions- bzw. Konsumgüterbranchen orientiert, weicht der »Messe Index« von der statistischen Branchendefinition ab. Entscheidende Bedeutung bei der Aggregation der ifo Konjunkturtestdaten zu den Messe Indices (»Messe Index Konsum« und »Messe Index Invest«) kommt der Übereinstimmung der einzelnen Firmenmeldungen (ifo Konjunkturtest) mit den aus-

gestellten Produktbereichen zu. Betrachtet wurden dabei die Produktbereiche von jeweils rund 50 in Deutschland stattfindenden »prägenden« internationalen Investitions- und Konsumgütermessen. Der Datenabgleich erfordert detaillierte Kenntnis der Messebranche. Das ifo Institut hat daher diese grundlegenden Arbeiten für die Ermittlung der Messe Indices² in Zusammenarbeit mit Frau Hiltrud Punstein, der Leiterin der Abteilung Corporate Research der Messe Frankfurt, erstellt.

Messebeteiligungen verbessern die wirtschaftliche Unternehmenssituation

Im Vorfeld einer Messe stellen sich vor allem Unternehmen, die mit dem Medium Messe wenig vertraut sind, die Frage, ob sich Messebeteiligungen lohnen. Zur Beantwortung dieser Frage wurden sowohl für den »Messe Index Konsum« als auch für den »Messe Index Invest« die Unternehmen in zwei Gruppen eingeteilt: Unternehmen mit und ohne Messebeteiligungen. Die Berechnungen für die vergangenen Jahre zeigen, dass das Geschäftsklima ausstellender Unternehmen um durchschnittlich rund 9 Saldenpunkte über dem der Unternehmen ohne Messebeteiligungen lag (vgl. Abb. 1). Im Un-

¹ Zur Konstruktion des »Messe Index« vgl. Penzkofer (2016). Da der »Messe Index« Ergebnisse für Konsum- und Investitionsgütermessen zusammenführt, besteht er letztlich aus zwei Indices, nämlich aus dem »Messe Index Konsum« und dem »Messe Index Invest«.

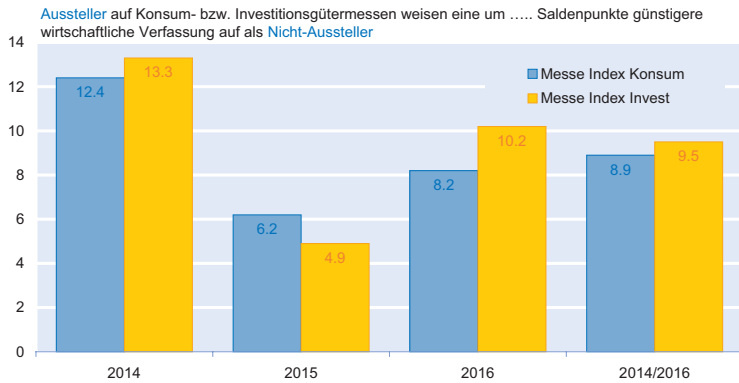
² Der »Messe Index Konsum« enthält keine Unternehmen aus den Bereichen Nahrungs- und Genussmittel, Kfz-Industrie und pharmazeutische Industrie sowie keine Apotheken, Tankstellen und Händler von Brennstoffen. Einbezogen werden jedoch – entgegen der statistischen Abgrenzung – konsumgüteraffine Produkte des Vorleistungsgüterbereichs. Beim »Messe Index Invest« werden in Ergänzung zum statistisch erfassten Investitionsgüter-Produktspektrum weitere investitionsrelevante (bauaffine) Bereiche aus dem Vorleistungsbereich berücksichtigt.

Abb. 1



Messe Frankfurt – ifo – Messe Index

Geschäftsklima für Aussteller auf Konsum- und Investitionsgütermessen^{a)}



^{a)} Produktbereiche gemäß Abgrenzung.

Quelle: ifo Institut, ifo Konjunkturtest.

tersuchungszeitraum war die bessere wirtschaftliche Verfassung von ausstellenden Unternehmen besonders stark ausgeprägt in den Jahren 2014 und 2016; aber auch im Jahr 2015 wiesen die deutschen Aussteller auf internationalen Konsum- und Investitionsgütermessen eine günstigere Unternehmenssituation auf.

Somit scheinen die wichtigsten Ziele von Messebeteiligungen (Neukundengewinnung, Stammkundenpflege, Steigerung der Bekanntheit, Präsentation neuer Produkte bzw. Leistungen, Imageverbesserung des Unternehmens bzw. der Marken, Verkaufs- bzw. Vertragsabschlüsse während und nach der Messe, Erschließung neuer Märkte) (vgl. AUMA 2017a) auf Messen erreicht zu werden. Während beispielsweise die Steigerung der Bekanntheit bzw. des Image und die Kundenpflege nur schwerlich messbar sind, können andere Zielvorgaben, wie etwa die (erfolgreiche) Präsentation neuer Produkte, die Erschließung neuer Märkte – insbesondere im Ausland – und damit indirekt die (Neu-) Kundengewinnung, mittels weiterer Fragestellungen aus dem ifo Konjunkturtest untersucht werden.

Für Unternehmen mit neuen Produkten lohnt es sich, auf Messen auszustellen

Im ifo Konjunkturtest wird jährlich die Sonderfrage nach den Innovationsaktivitäten der Unternehmen gestellt. Innovationen sind dabei ganz generell als Neuerungen oder wesentliche Verbesserungen von Produkten oder Produktionsverfahren charakterisiert. Als Produktinnovator wird ein Unternehmen dann bezeichnet, wenn es neue oder we-

sentlich verbesserte Produkte am Markt eingeführt hat. Die Verknüpfung der Fragen nach der Geschäftslage, den Geschäftserwartungen, der Innovationstätigkeit (Produktinnovator) und den Messeaktivitäten liefert folgenden Befund: Produktinnovatoren, die auf Messen ihre Produkte präsentieren, weisen eine bessere wirtschaftliche Performance auf als Produktinnovatoren, die auf eine Messebeteiligung verzichten.

Im Untersuchungszeitraum (2014 bis 2016) beurteilten ausstellende Produktinnovatoren ihre wirtschaftliche Situation um rund 5 Saldenpunkte günstiger. Allem Anschein nach können Unternehmen mittels Präsentation ihrer neuen Produkte auf internationalen Fachmessen zusätzlich (neue) Kontakte knüpfen und entsprechend Aufträge akquirieren, so dass sich ihre Messebeteiligungen positiv auf das Unternehmensgeschäft auswirken.

Aussteller auf Fachmessen schätzen ihre Wettbewerbssituation auf Auslandsmärkten günstiger ein

Im ifo Konjunkturtest werden die auslandsaktiven Unternehmen regelmäßig nach der Entwicklung ihres Exportgeschäfts befragt.³ Die Zusammenführung der Unternehmensangaben zum Exportgeschäft mit den Unternehmensmeldungen aus der ifo Sonderbefragung zur Messebeteiligung ermöglicht die Analyse der internationalen Geschäftstätigkeit von auf

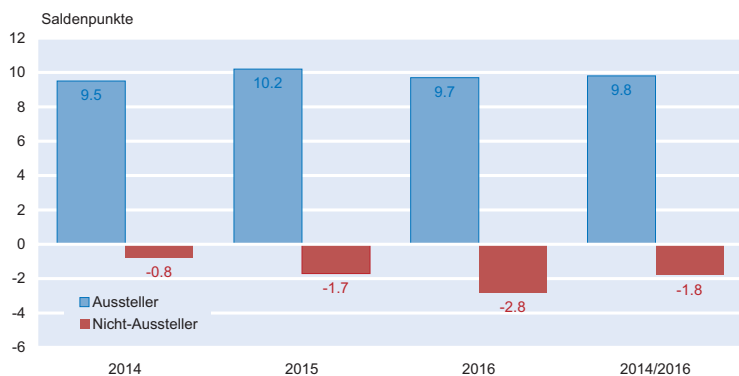
³ Die Unternehmen werden im ifo Konjunkturtest Monat für Monat gebeten, ihr Exporterwartungen für die nächsten drei Monate mitzuteilen. Sie können hierbei ihre Erwartungen als zunehmend, gleich bleibend oder abnehmend kennzeichnen.

Abb. 2



Messe Frankfurt – ifo – Messe Index

Exportorerwartungen für Aussteller/Nicht-Aussteller auf Konsum- und Investitionsgütermessen^{a)}



^{a)} Produktbereiche gemäß Abgrenzung.

Quelle: ifo Institut, ifo Konjunkturtest.

Auslandsmärkten aktiven Unternehmen mit und ohne Messebeteiligungen (vgl. Abb. 2).

Für den gesamten Untersuchungszeitraum ist der Befund des »Messe Index« eindeutig: Das Auslandsgeschäft wird von Ausstellern deutlich günstiger eingeschätzt. Der Saldowert aus zunehmenden und abnehmenden Exporterwartungen lag in den vergangenen drei Jahren bei Ausstellern durchschnittlich um knapp 12 Punkte höher. Während beispielsweise im letzten Jahr der Saldowert bei den ausstellenden Unternehmen annähernd 10 Punkte betrug, resultierte bei Nicht-Ausstellern ein negativer Wert (knapp – 3 Punkte). Durch ihre internationalen Messebeteiligungen scheinen Unternehmen mit ausländischen Kunden Kontakte knüpfen zu können, die zu einem zunehmenden Exportgeschäft und damit indirekt zu einer besseren Wettbewerbssituation auf Auslandsmärkten führen.

Insbesondere kleinere Unternehmen verbessern durch Messebeteiligungen ihre wirtschaftliche Lage

Größere Unternehmen setzen zahlreiche Marketinginstrumente ein. Die Beteiligung an Messen⁴ zählt ebenso zum Marketingmix wie die eigene Homepage (ggfs. mit Verkauf und Vertrieb über das Internet), Direct-Mailing-Aktionen, der Außendienst, Werbung in Fachzeitschriften, Public-Relations-Maßnahmen, der Einsatz von Social-Media-Instrumenten oder die Durchführung von Eventveranstaltungen.⁵ Beteiligungen an internationalen Fachmessen dienen großen Unternehmen daher auch nicht nur zur Auftragsakquise, sondern zur Präsentation ihrer Leistungs- und Innovationsfähigkeit. Der Einsatz und die Koordination dieser vielfältigen Marketinginstrumente erfordern eine hohe organisatorische Leistungsfähigkeit sowie umfangreiche finanzielle Mittel.

Mittlere und vor allem kleinere Unternehmen verfügen nicht über eine Organisationsstruktur und Finanzkraft, um mittels Kombination verschiedener Marketinginstrumente neue Kunden ansprechen und Aufträge akquirieren zu können. Für diese Unternehmensgruppe bieten sich aber internationale Fachmessen, die sich in Deutschland durch eine hohe Internationalität auf der Besucherseite auszeichnen, als adäquates Medium einer gezielten Präsentation ihrer Produkte ge-

⁴ Da sich nahezu alle größeren und großen Unternehmen (500 und mehr Beschäftigte) an Messen beteiligen, ist für diese Unternehmensgruppe eine Differenzierung des »Messe Index« nach ausstellenden und nicht-ausstellenden Unternehmen nicht sinnvoll.

⁵ Eine Übersicht der Instrumente im Marketingmix von ausstellenden Unternehmen findet sich beim AUMA (2017a).

genüber dem Fachpublikum und somit zur Gewinnung neuer Kunden an.

Die Berechnung des »Messe Index« für kleine und mittlere Unternehmen bestätigt die Vermutung. Unternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten bringt eine Messebeteiligung einen deutlichen geschäftlichen Nutzen. Das für diese Unternehmen berechnete Geschäftsklima des »Messe Index« lag im Beobachtungszeitraum 2014 bis 2016 bei ausstellenden Unternehmen um fast 9 Saldenpunkte über dem der Unternehmen ohne Messebeteiligung. Etwas geringer (rund 4 Saldenpunkte) fällt der Vorteil bei ausstellenden Unternehmen mittlerer Größe (50 bis 499 Beschäftigte) aus. Damit profitieren vor allem kleinere Unternehmen von einer Beteiligung an Fachmessen.

Die Messeaktivitäten der Unternehmen dürften 2017 mit ähnlicher Rate wie im Vorjahr zulegen

Die Entwicklung der Messeaktivitäten von Unternehmen auf internationalen Fachmessen in Deutschland hängt, wie frühere Untersuchungen des ifo Instituts zeigen, stark vom Verlauf der deutschen Wirtschaftsleistung⁶ ab (vgl. Penzkofer, Birnbrich und Täger 2006; Penzkofer 2016). Insgesamt stammen von den Ausstellern rund 41% aus Deutschland und rund 37% aus Europa (AUMA, Zahlen für 2015), also einem Einzugsgebiet, das von der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands mit beeinflusst wird. Die Schätzung der Entwicklung der Messebeteiligungen auf internationalen Fachmessen in Deutschland setzt am Einfluss der konjunkturellen Entwicklung auf die Messeaktivitäten der Unternehmen an und verbindet diesen mit der Fähigkeit des ifo Ge-

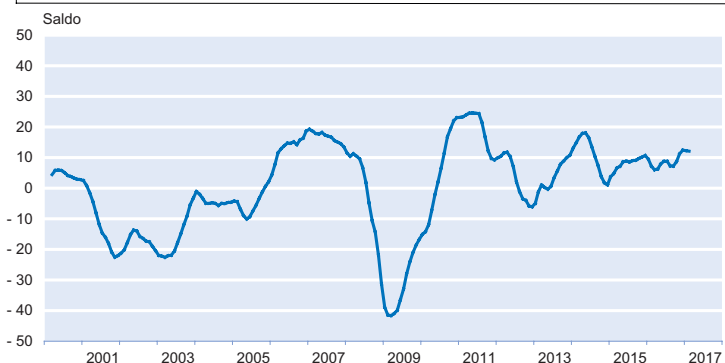
⁶ Die deutsche Wirtschaft trägt rund ein Fünftel zum Bruttoinlandsprodukt im EU-28-Raum bei und strahlt damit in hohem Ausmaß auf die anderen europäischen Länder aus (Eurostat, Zahlen für 2015).

Abb. 3



Messe Frankfurt – ifo – Messe Index

Geschäftsklima für Produktbereiche^{a)} auf Konsum- und Investitionsgütermessen



^{a)} Produktbereiche gemäß Abgrenzung.
Quelle: ifo Institut, ifo Konjunkturtest.

schäftsklimas als zuverlässigen Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung (vgl. Abberger und Wohlrabe 2006; Abberger und Nierhaus 2012).

Der Blick auf den »Messe Index« zeigt, dass sich dieser im Jahresverlauf 2016 auf fast ähnlichem Niveau wie 2015 bewegte (vgl. Abb. 3). Bereits seit Mitte 2015 zeigt der »Messe Index« nur geringe Schwankungen und liegt abgesehen von kleinen Ausschlägen knapp unter der 10-Punkte-Marke. Insofern dürften die Messebeteiligungen im Jahr 2016 ähnlich wie im Jahr 2015 auch einen leichten Zuwachs aufweisen.⁷

Welche Entwicklung zeichnet sich für dieses Messejahr ab? Der »Messe Index« zeigte im letzten Halbjahr einen leicht aufwärts und zuletzt in den vergangenen drei Monaten einen seitwärts gerichteten Verlauf. Dies lässt für das Jahr 2017 bei internationalen und überregional ausgerichteten Fachmessen in Deutschland auf ein zumindest gleichbleibend stabiles oder moderat wachsendes Beteiligungsniveau schließen. Der AUMA (2017b) kommt in seiner Schätzung für das Messejahr 2017 zu einem vergleichbaren Ergebnis.

Literatur

Abberger, K. und W. Nierhaus (2012), »40 Jahre ifo Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft: Ein zuverlässiger Indikator für die Konjunktorentwicklung in Deutschland«, in: A. Wagner und U. Heilemann (Hrsg.), *Empirische Makroökonomie und mehr, Festschrift zum 80. Geburtstag von Karl Heinrich Oppenländer*, Lucius und Lucius, Stuttgart, 211–228.

Abberger, K. und K. Wohlrabe (2006), »Einige Prognoseeigenschaften des ifo Geschäftsklimas – ein Überblick über die neuere wissenschaftliche Literatur«, *ifo Schnelldienst* 59(22), 19–26.

AUMA (Hrsg.) (2016), *Die Messewirtschaft – Bilanz 2015*, Berlin.

AUMA (Hrsg.) (2017a), *AUMA_MesseTrend 2017*, Berlin.

AUMA (Hrsg.) (2017b), »Messeplatz Deutschland 2016: Starkes Messeprogramm sorgte für Rekordzahlen«, Pressemitteilung, 25. Januar.

Penzkofer, H. (2016), »Der Messe Index: Ein neuer Indikator für Messen in Deutschland«, *ifo Schnelldienst* 69(4), 65–69.

Penzkofer, H., M. Birnbrich und U. Chr. Täger (2006), »Konjunkturelle Einflüsse auf und strukturelle Herausforderungen an deutsche Messen«, *ifo Schnelldienst* 59(7), 54–61.

⁷ Nach Angaben des AUMA (2016) stiegen die Beteiligungen von Unternehmen an überregionalen Fachmessen in Deutschland im Jahr 2015 im Vergleich zu ihren Vorveranstaltungen um 2%. Für das Messejahr 2016 rechnet der AUMA (2017b) nach ersten vorläufigen Schätzungen mit einem leichten Zuwachs bei den Beteiligungen in Höhe von rund 1%.

Nach den aktuellen Ergebnissen des ifo Investitionstests wollen die Unternehmen des deutschen Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2017 ihre Investitionen um nominal rund 5% erhöhen. Für das Jahr 2016 ergaben die Meldungen der Befragungsteilnehmer einen Anstieg von 3%. An der schwerpunktmäßig im vierten Quartal 2016 durchgeführten Investitionsbefragung beteiligten sich fast 2 200 Unternehmen. Gemessen an den Bruttoanlageinvestitionen repräsentieren die erfassten Unternehmen das Verarbeitende Gewerbe Deutschlands zu gut 50%. Erhoben wurden neben den Anlagezugängen im Jahr 2016 auch die Investitionspläne für 2017 sowie die Zielsetzung der Investitionstätigkeit.

2016: Im Verarbeitenden Gewerbe Investitionsanstieg um 3%

Wie die aktuellen Erhebungsergebnisse zeigen, haben die Firmen ihre Investitionsabsichten im Laufe des vergangenen Jahres insgesamt gesehen merklich nach unten korrigiert. Ließen die Ergebnisse vom Frühjahr 2016 noch eine spürbare Investitionserhöhung von 7% erwarten, so übertrafen die Industrieinvestitionen nach der aktuellen Hochrechnung mit rund 58 Mrd. Euro das Vorjahresniveau jedoch um lediglich 3% (vgl. Tab. 1 und Abb. 1). Der reale Anstieg betrug aufgrund der 2016 leicht steigenden Preise für Investitionsgüter knapp 2%.

Investitionsentwicklung bleibt 2016 hinter den Erwartungen zurück

Die Investitionen wurden 2016 in fast allen Industriebauptgruppen erhöht, nur im Vorleistungsgüter produzierenden Gewerbe dürften die Ausgaben für neue Sachanlagen um 2% gekürzt (vgl. Tab. 1) worden sein. Deutliche Investitionssteigerungen waren 2016 in den vorwiegend mittelständisch strukturierten Hauptgruppen, dem Verbrauchsgüter (+ 12%)

und dem Gebrauchsgüter produzierenden Gewerbe (+ 9%), zu verzeichnen. Die Meldungen der Investitionsgüterproduzenten ergaben insgesamt gesehen einen Investitionsanstieg um 3%. Differenziert man die Ergebnisse nach Beschäftigtengrößenklassen, so haben insbesondere die kleinen Firmen ihre ursprünglichen Investitionsabsichten im Laufe des vergangenen Jahres eher nach oben korrigiert, während die größeren Unternehmen ihre Investitionspläne für 2016 nicht im vollen Umfang realisiert haben dürften.

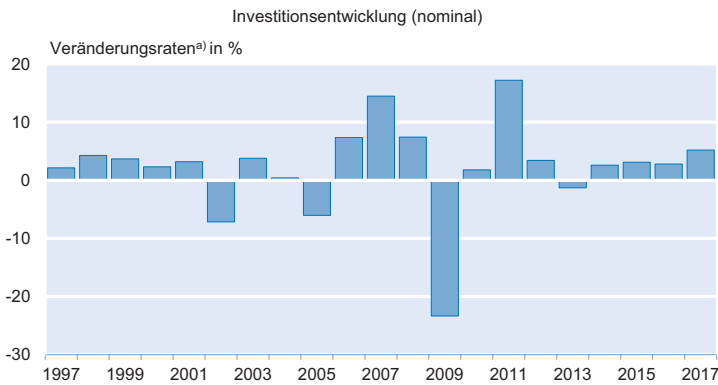
Auf Branchenebene wird das Investitionsgeschehen stark von der Investitionstätigkeit der Automobilbranche geprägt: Rund ein Viertel der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes wird von dieser Branche getätigt (vgl. Abb. 2). Nach den aktuellen Meldungen der Hersteller von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen haben diese im Jahr 2016 ihre Investitionen um 2% gekürzt. Auch in der chemischen Industrie, in der Metallherzeugung und -bearbeitung, im Holzgewerbe und in der Papierindustrie dürfte weniger investiert worden sein als im Vorjahr: Die Kürzungen bewegen sich hier zwischen 5 und 10% (vgl. Tab. 3). Erhöht wurden die Investitionsausgaben

Tab. 1
Bruttoanlageinvestitionen

Bereich	in Mio. Euro		Veränderungsraten in %		
	2014	2015	2015/2014	2016/2015	2017/2016
Verarbeitendes Gewerbe	54 845	56 560	+ 3	+ 3	+ 5
darunter:					
Vorleistungsgütergewerbe	21 205	21 630	+ 2	- 2	+ 9
Investitionsgütergewerbe	23 590	23 870	+ 1	+ 3	+ 4
Gebrauchsgütergewerbe	1 130	1 060	- 6	+ 9	+ 12
Verbrauchsgütergewerbe	8 500	8 930	+ 5	+ 12	± 0

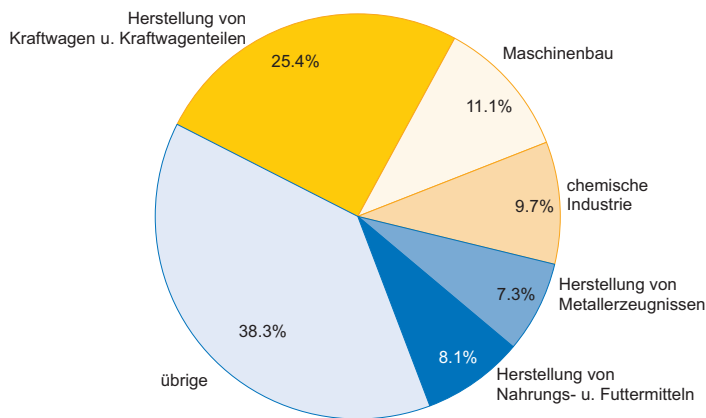
Quelle: ifo Investitionserhebung Herbst 2016.

Abb. 1
Entwicklung der Investitionen im deutschen Verarbeitenden Gewerbe



^{a)} Bruttoanlageinvestitionen, 2016: vorläufig; 2017: ermittelt aufgrund der Planangaben.
Quelle: ifo Investitionstest.

Abb. 2
Investitionen der Wirtschaftszweige 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt.

im Jahr 2016 vor allem im Druckgewerbe (+ 20%), aber auch in der Herstellung von Metallerzeugnissen und im Bekleidungs-gewerbe (jeweils + 15%). Zuwachsraten zwischen 5 und 10% meldeten unter anderem der Maschinenbau, das Ernährungsgewerbe, die pharmazeutische Industrie und die Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (vgl. Tab. 3).

2017: Unternehmen planen für höhere Investitionen

Nach den aktuellen Ergebnissen der Investitionserhebung werden die Investitionen der deutschen Industrie im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr zunehmen. Rund 64% der Unternehmen haben geplant, ihre Investitionsausgaben zu erhöhen, während 29% der Unternehmen weniger als im vergangenen Jahr investieren wollen. Ein konstantes Investitionsvolumen meldeten 7% der Befragungsteilnehmer. Der Saldo beträgt somit + 35 (vgl. Tab. 2). Berücksichtigt man neben den Tendenzangaben auch die von den Unternehmen gemachten quantitativen Angaben, dann ist damit zu rechnen, dass die deutsche Industrie in diesem Jahr um nominal gut 5% mehr investieren wird als im abgelaufenen Jahr (vgl. Tab. 1). Real gesehen, d.h. unter Ausschaltung der zu erwartenden Veränderungen der Preise für neue Bauten und Ausrüstungen, werden sich die Bruttoanlageinvestitionen voraussichtlich um knapp 5% erhöhen.

Im Laufe der letzten Investitionsbefragungen hat sich gezeigt, dass die Unternehmen anscheinend immer kurzfristiger planen. So war es selbst zu Beginn dieses Jahres einigen Unternehmen noch nicht möglich, Aussagen zu den für 2017 geplanten Investitionen zu machen. Ein Grund hierfür sind z.B. die internationalen Unternehmensverflechtungen. Oft muss die ausländische Unternehmensführung die Investitionsplanung des deutschen Tochterunternehmens erst bewilligen.

Investitionssteigerung auf breiter Ebene

Im Jahr 2017 planen die Unternehmen fast aller Hauptgruppen eine Anhebung der Investitionsausgaben. Die stärkste

Tab. 2
Tendenzen der Investitionsplanung

Bereich	Im Jahr 2017 wollen gegenüber 2016 ... % der Unternehmen ^{a)} investieren				Zum Vergleich: Planungstendenzen für		
	mehr	etwa gleichviel	weniger	Saldo ^{b)}	2016	2015	2014
Verarbeitendes Gewerbe	64	7	29	+ 35	+ 22	+ 10	+ 36
darunter:							
Vorleistungsgütergewerbe	60	10	30	+ 30	+ 22	+ 19	+ 35
Investitionsgütergewerbe	78	3	19	+ 59	+ 29	+ 4	+ 46
Gebrauchsgütergewerbe	30	0	70	- 40	+ 74	- 43	- 3
Verbrauchsgütergewerbe	83	4	13	+ 70	+ 9	+ 48	+ 24

^{a)} Gewichtet mit dem Firmenumsatz.– ^{b)} Differenz der Prozentanteile der gewichteten »Mehr«- und »Weniger«-Meldungen.

Quelle: ifo Investitionserhebung Herbst 2016.

Tab. 3
Investitionsentwicklung nach Branchen

Bereich	Bruttoanlageinvestitionen in Mio. Euro			
	2014	2015	2016 ^{a)}	2017 Veränderung in der Größenordnung von ...% ^{b)}
Verarbeitendes Gewerbe	54 845	56 560	58 140	+ 5
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	3 825	4 165	4 580	- 10
Getränkeherstellung	1 140	1 175	1 175	+ 5
Tabakverarbeitung	180	160	160	± 0
Textilgewerbe	340	365	400	+ 5
Bekleidungsindustrie	75	165	190	- 10
Ledergewerbe	215	50	50	± 0
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	555	595	535	+ 10
Papiergewerbe	1 180	1 185	1 065	+ 10
Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigungen und von Ton-, Bild-, Datenträgern	620	555	665	± 0
Kokerei und Mineralölverarbeitung	850	705	740	± 0
Chemische Industrie	5 470	5 510	5 230	± 0
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	1 610	1 555	1 630	+ 5
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 890	3 040	3 040	+ 15
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 570	1 610	1 770	+ 10
Metallerzeugung u.-bearbeitung	2 630	2 695	2 560	+ 10
Herstellung von Metallerzeugnissen	3 985	4 140	4 760	+ 10
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	2 165	2 275	2 500	± 0
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	2 780	2 615	2 750	+ 10
Maschinenbau	6 145	6 295	6 930	+ 10
Herstellung von Kraftwagen u. -teilen	13 550	14 380	14 080	+ 5
Sonstiger Fahrzeugbau	1 030	1 180	1 240	± 0
Herstellung von Möbeln	355	475	475	+ 20
Herstellung von sonstigen Waren	1 170	1 120	1 065	+ 10
Reparatur und Instandhaltung von Maschinen und Ausrüstungen	515	550	550	- 5

^{a)} Vorläufig. ^{b)} Geplant, die Veränderungsrate der Bruttoanlageinvestitionen liegt:
 ± 0 = zwischen + 2,5 und - 2,5%
 + 5 = zwischen + 2,5 und + 7,5%
 + 10 = zwischen + 7,5 und + 12,5%
 + 15 = zwischen + 12,5 und + 17,5%
 + 20 = zwischen + 17,5 und + 22,5%
 + 25 = zwischen + 22,5 und + 27,5%
 + 30 = zwischen + 27,5 und + 32,5%
 - = entsprechend.

Quelle: ifo Investitionserhebungen, Stand: Herbst 2016.

durchschnittliche Erhöhung des Investitionsbudgets – um 12% – haben die *Hersteller von Gebrauchsgütern* vorgesehen. Aber auch die *Produzenten von Vorleistungsgütern* und die von *Investitionsgütern* wollen 2017 verstärkt investieren (+ 9% bzw. + 4%). Die Meldungen der Verbrauchsgüterhersteller lassen nach dem merklichen Anstieg im Vorjahr für 2017 ein konstantes Investitionsniveau erwarten.

Differenziert man die Ergebnisse nach Wirtschaftszweigen, so wollen die meisten Branchen ihre Investitionsbudgets erhöhen. Den stärksten Investitionsanstieg um rund ein Fünftel meldete die Möbelbranche. Aber auch die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren wollen nach der nur verhaltenen Investitionstätigkeit des Vorjahres ihre Ausgaben für neue Sachanlagen wieder spürbar erhöhen (+ 15%). Die Automobilhersteller haben für 2017 eine Erhöhung ihrer Investitionsausgaben um rund 5% geplant. Ähnlich starke Zu-

wächse – zwischen 5 und 10% – dürften sich bei folgenden Branchen einstellen: Papiergewerbe, Maschinenbau, Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, Getränkeherstellung sowie in der pharmazeutischen Industrie. In der chemischen Industrie, in der Herstellung von Metallerzeugnissen und im sonstigen Fahrzeugbau sollten sich die Investitionen in diesem Jahr auf dem Niveau von 2016 bewegen. Kürzungen um 5 bis 10% meldeten nur das Ernährungsgewerbe, die Bekleidungsindustrie und die Branche Reparatur und Installationen von Maschinen und Ausrüstungen.

Kapazitätserweiterungen und Ersatzbeschaffungen dominieren weiterhin

Im Rahmen der Herbsthebung werden die Unternehmen auch zu ihren Investitionsmotiven befragt. Aufgrund unter-

Tab. 4
Struktur der Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe

Investitionskategorien	Anteil an den Gesamtinvestitionen in % ^{a)}	
	2016	2017
Kapazitätserweiterung	33,1	31,7
Umstrukturierung	6,9	7,8
Rationalisierung	12,1	12,0
Ersatzbeschaffung	29,7	31,8
Andere Investitionsvorhaben ^{b)}	18,2	16,7
Investitionen insgesamt	100,0	100,0

^{a)} Hochgerechnete, strukturbereinigte Anteilswerte. –
^{b)} Investitionen für Umweltschutzzwecke, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für Forschung und Entwicklung sowie für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung u.a.m.

Quelle: ifo Investitionserhebung, Herbst 2016.

schiedlicher Fragestellungen sind die hier dargestellten Ergebnisse hinsichtlich der Investitionsziele jedoch nicht mit denen der Frühjahrserhebung vergleichbar. Während im Frühjahr die Unternehmen das Hauptmotiv ihrer Investitionstätigkeit angeben, werden sie in der Herbstbefragung um eine prozentuale Aufteilung der Investitionen nach den unterschiedlichen Investitionsmotiven gebeten. Die Herbstbefragung erlaubt es somit, die Investitionen im Hinblick auf die jeweilige Zielsetzung unmittelbar zu quantifizieren. Des Weiteren ist der Zielekatalog breiter aufgefächert als in der Investitionserhebung im Frühjahr.

Wie in Zeiten steigender Investitionstätigkeit zu erwarten, hat die *Kapazitätserweiterung* derzeit eine recht hohe Bedeutung. Im vergangenen Jahr stand dieses Investitionsmotiv an erster Stelle: Rund ein Drittel der Investitionen floss im Industriedurchschnitt in Kapazitätserweiterungsmaßnahmen. Nach den aktuellen Erhebungsergebnissen wird das Erweiterungsziel 2017 im Vergleich zum Vorjahr zwar etwas an Gewicht verlieren (von 33,1 auf 31,7%, vgl. Tab. 4), dank

des Investitionsanstiegs dürfte in diesem Jahr mit rund 19,4 Mrd. Euro aber dennoch etwas mehr für Kapazitätserweiterungen ausgegeben werden als im Vorjahr (vgl. Abb. 3). Ein relativ starkes Gewicht hat die Kapazitätserweiterung in diesem wie schon im vorangegangenen Jahr in der pharmazeutischen Industrie, aber auch das Papiergewerbe und die gemessen an ihren Investitionen eher kleineren Branchen wie das Holzgewerbe und die Lederindustrie haben heuer einen hohen Anteil ihrer Investitionen für die Erweiterung eingeplant.

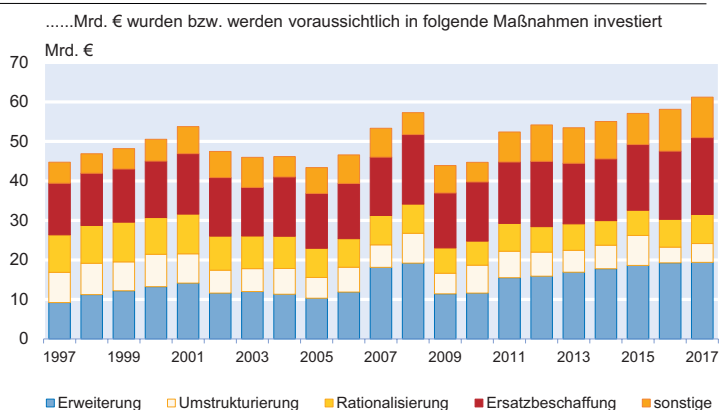
Die *Ersatzbeschaffung*, die im vergangenen Jahr mit 29,7% der Investitionen an zweiter Stelle stand, gewinnt in diesem Jahr wieder knapp die Oberhand (31,8%). Verglichen mit dem Industriedurchschnitt hat das Motiv der Ersatzbeschaffung in diesem Jahr einen vergleichsweise hohen Anteil in der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie in den Branchen Tabakverarbeitung und Bekleidungs-gewerbe.

In *Rationalisierungsvorhaben* fließt im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes knapp ein Achtel der Investitionen. Dieses Investitionsmotiv, das Mitte der 1990er Jahre noch ein recht starkes Gewicht hatte, verlor insgesamt gesehen im Laufe der Jahre an Bedeutung. Nach den Meldungen besteht derzeit in der Herstellung von Metallerzeugnissen ein relativ hoher Rationalisierungsbedarf. Im vergangenen Jahr hat auch das Holzgewerbe überdurchschnittlich stark in Rationalisierungsmaßnahmen investiert.

Knapp 8% der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes dienen in diesem Jahr *Umstrukturierungsmaßnahmen*. Darunter sind Veränderungen des Produktionsprogramms ohne wesentliche Erweiterungseffekte zu verstehen, wie z.B. Erweiterung der Kapazität zur Herstellung bestimmter Produkte/Produktprogramme bei gleichzeitiger Einschränkung anderer Fertigungskapazitäten. Gegenüber den vergangenen Jahren hat dieses Motiv am aktuellen Rand spürbar an Bedeutung eingebüßt. Insbesondere der Straßenfahrzeugbau, der in den vergangenen Jahren rund ein Viertel seiner Investitionen für Umstrukturierungsmaßnahmen ausgab, hat das Schwergewicht seiner Investitionstätigkeit von Umstrukturierungen auf die sogenannten »anderen Investitionsvorhaben« verlagert.

Unter die Rubrik »andere Investitionsvorhaben« fallen z.B. Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Umweltschutzinvestitionen. In dem hier beobachteten Zeitraum sind im Industriedurchschnitt rund ein Sechstel der Investitionsausgaben diesem Motiv zuzuordnen. Insbesondere im Straßenfahrzeugbau spielen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten eine zentrale Rolle. Um konkurrenzfähig zu bleiben, sind die Automobilhersteller stets bestrebt, mit neuen Modellen

Abb. 3
Erweiterungen und Ersatzbeschaffungen dominieren nach wie vor



Quelle: ifo Investitionstest.

und verbesserten technischen Neuerungen auf den Markt zu kommen. Nach den Angaben der Straßenfahrzeugbauer, flossen im vergangenen Jahr rund zwei Fünftel der Sachanlageinvestitionen in »andere Investitionsvorhaben«. Für dieses Jahr hat die Branche gut ein Drittel ihrer Investitionen für diese Zielsetzung vorgesehen.

Zusammenfassung

Wie sich bereits in der vorangegangenen Investitionserhebung abzeichnete, haben die Unternehmen des deutschen Verarbeitenden Gewerbes ihre Investitionen im Jahr 2016 erhöht. Allerdings scheinen die ursprünglichen Investitionspläne nicht im vollen Umfang realisiert worden zu sein. Insgesamt gesehen wurde nach der aktuellen Hochrechnung in der Industrie mit gut 58 Mrd. Euro etwa 3% mehr in neue Bauten und Ausrüstungsgüter investiert als im Jahr 2015. Der reale Anstieg dürfte aufgrund der 2016 leicht steigenden Preise für Investitionsgüter bei knapp 2% liegen.

Für dieses Jahr ist nach den Plänen der Unternehmen mit einem weiteren Anstieg der Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe zu rechnen. Rund 64% der Unternehmen haben geplant, ihre Investitionsausgaben zu erhöhen, während 29% der Unternehmen weniger als im letzten Jahr investieren wollen. Ein im Vergleich zu 2016 konstantes Investitionsvolumen meldeten die restlichen 7% der Befragungsteilnehmer. Berücksichtigt man neben den Tendenzangaben auch die von den Unternehmen gemachten quantitativen Angaben, dann ergibt sich für 2017 eine Aufstockung der Investitionen in der Industrie um gut 5%. Real gesehen, d.h. unter Ausschaltung der zu erwartenden Preissteigerungen für neue Bauten und Ausrüstungen, werden sich die Bruttoanlageinvestitionen im laufenden Jahr voraussichtlich um knapp 5% erhöhen.

Erweiterungsinvestitionen und Investitionen in Ersatzbeschaffungen halten sich in diesem Jahr in etwa die Waage. Beiden Investitionsmotiven sind je knapp ein Drittel der Sachanlageinvestitionen zuzuordnen. Rationalisierungsmaßnahmen spielen im Vergleich zu den 1990er Jahren nur noch eine untergeordnete Rolle.

ifo Konjunkturtest im Februar 2017 auf einen Blick: Nach verhaltenem Jahresauftakt befindet sich die deutsche Wirtschaft wieder auf gutem Kurs¹

Die Stimmung in den deutschen Chefetagen hat sich wieder verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im Februar von 109,9 auf 111,0 Punkte. Die aktuelle Lage beurteilten die Unternehmer zuletzt im August 2011 so gut. Auch der Optimismus bezüglich der kommenden Monate nahm wieder zu. Nach verhaltenem Jahresauftakt befindet sich die deutsche Wirtschaft wieder auf gutem Kurs.

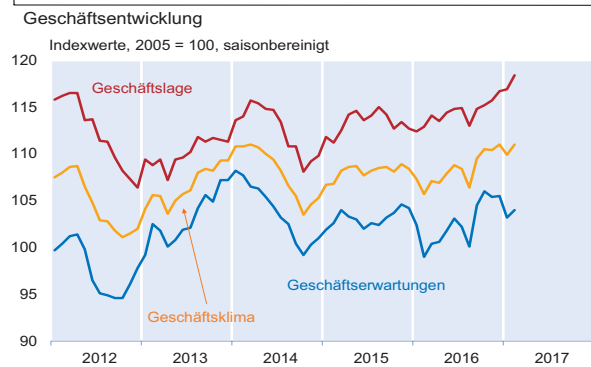
Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Index gestiegen. Die Industriefirmen waren deutlich zufriedener mit ihrer aktuellen Geschäftslage. Auch der Ausblick verbesserte sich nach dem Dämpfer im Januar wieder leicht. Die Nachfrage und der Auftragsbestand zogen merklich an. Wichtige Treiber für die positive Entwicklung in diesem Monat waren vor allem die Nahrungsmittelhersteller sowie Unternehmen aus dem Maschinenbau und der Elektrotechnik. Im Großhandel

hat sich das Geschäftsklima wieder verbessert. Die Einschätzung zur aktuellen Lage und die Erwartungen zogen deutlich an. Im Einzelhandel hingegen sank der Index. Die Einzelhändler beurteilten ihre Geschäftslage weniger gut. Der Ausblick auf die kommenden Monate verbesserte sich zwar, bleibt aber weiterhin zurückhaltend. Im Bauhauptgewerbe verschlechterte sich das Geschäftsklima auf hohem Niveau. Zwei Drittel der Baufirmen berichteten von Beeinträchtigungen durch das Wetter im Februar. Die sehr guten Urteile zur Lage wurden etwas zurückgenommen. Auch der Ausblick auf die kommenden Monate ist weniger optimistisch.

Die Stimmung im Dienstleistungssektor hat sich erneut verschlechtert. Der Geschäftsklimaindex sank im Februar von 109,3 auf 108,5 Punkte. Während die Unternehmer mit ihrer aktuellen Geschäftslage etwas zufriedener waren, nahm die Zuversicht mit Blick auf die kommenden sechs Monate ab. Die Einstellungsbereitschaft bleibt jedoch weiterhin hoch. Eine deutliche Verbesserung des Geschäftsklimas zeigte sich vor allem bei den Reisebüros und Reiseveranstaltern.

¹ Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests, Ergebnisse von Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern sowie des Ifo World Economic Survey (WES) werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

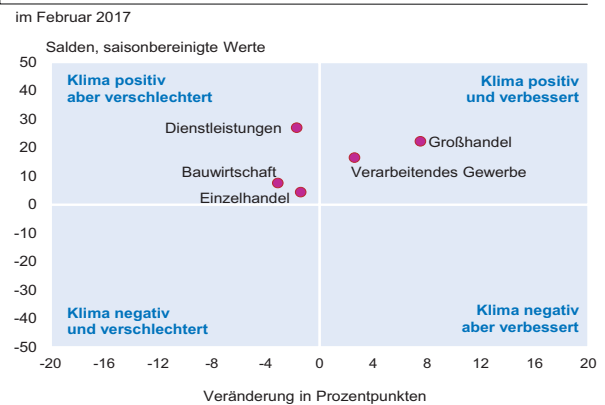
**Abb. 1
Gewerbliche Wirtschaft^{a)}**



^{a)} Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.

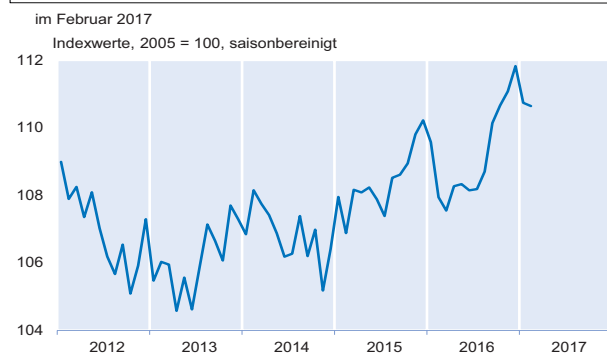
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abb. 2
Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

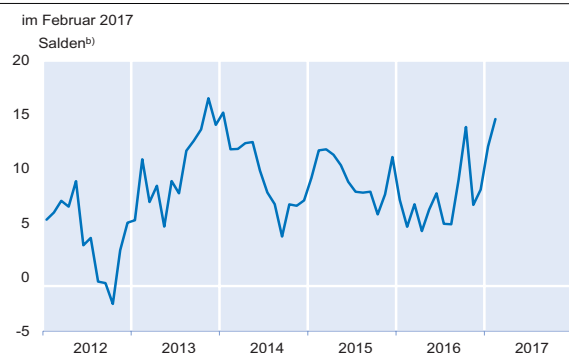
**Abb. 3
ifo Beschäftigungsbarometer Deutschland^{a)}**



^{a)} Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel, Dienstleistungssektor.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abb. 4
Exportserwartungen – Verarbeitendes Gewerbe^{a)}**

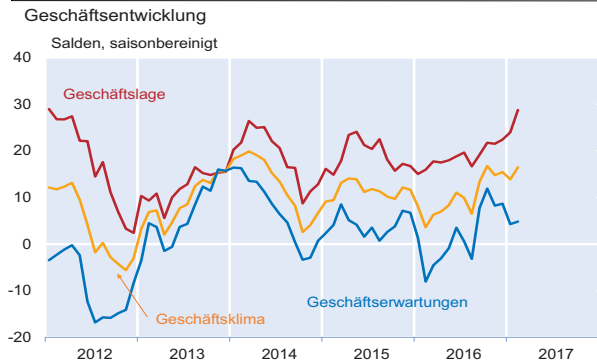


^{a)} Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

^{b)} Aus den Prozentsätzen der Meldungen über zu- und abnehmende Exportgeschäfte.

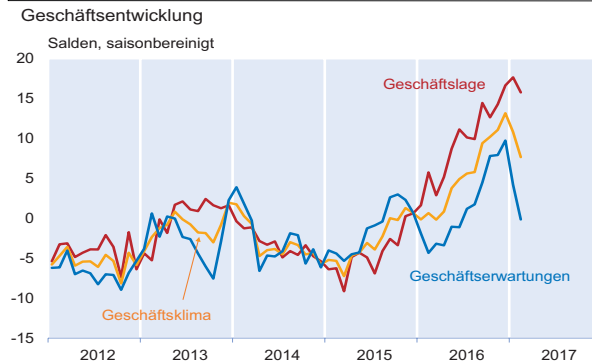
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 5
Verarbeitendes Gewerbe



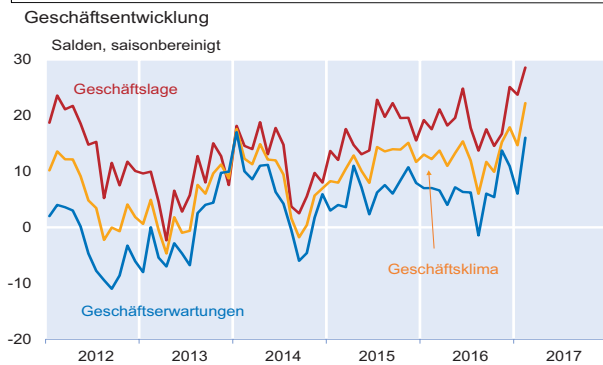
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 6
Bauhauptgewerbe



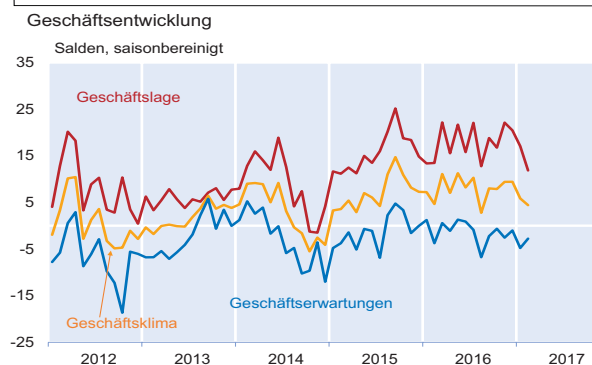
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 7
Großhandel



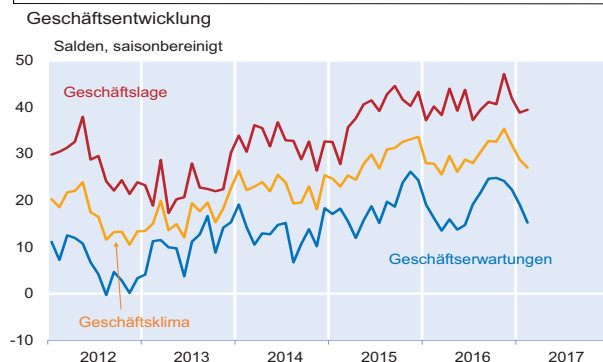
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 8
Einzelhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 9
Dienstleistungen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

staltern. Auch die IT-Dienstleister und Unternehmensberater berichteten von hervorragenden Geschäften. Transport und Logistik stagnierten hingegen. Ein deutlicher Dämpfer war in der Werbebranche zu beobachten. Die aktuelle Geschäftslage fiel deutlich, auf den niedrigsten Stand seit mehr als einem Jahr.

Die Einstellungsbereitschaft der deutschen Firmen hat minimal nachgegeben, sie bleibt jedoch hoch. Das Beschäfti-

gungsbarometer sank im Februar auf 110,6 Punkte von 110,7 Punkten im Vormonat. Während die Dynamik im Dienstleistungssektor an Schwung verliert, bleibt sie in der Industrie ungebrochen erhalten. In drei von vier Branchen ist das Beschäftigungsbarometer gestiegen. In der Industrie steigt die Einstellungsbereitschaft seit fast einem Jahr durchgängig an. Gleiches gilt für das Bauhauptgewerbe. Im Handel stieg das Barometer auf den höchsten Wert seit mehr als einem Jahr. Nach zuletzt großen Beschäftigungszuwächsen flacht die Dynamik nur im Dienstleistungssektor etwas ab.

ifo Institut

im Internet:

<http://www.cesifo-group.de>

